

POLITIK & UNTERRICHT

2–2012



Die Vereinigten Staaten von Amerika

Politik und Gesellschaft

»Politik & Unterricht« wird von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB) herausgegeben.

HERAUSGEBER

Lothar Frick, Direktor

CHEFREDAKTEUR

Dr. Reinhold Weber
reinhold.weber@lpb.bwl.de

REDAKTIONSASSISTENZ

Sylvia Rösch, sylvia.roesch@lpb.bwl.de
Mandy Hahn, Stuttgart

ANSCHRIFT DER REDAKTION

Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart
Telefon: 0711/164099-45; Fax: 0711/164099-77

REDAKTION

Judith Ernst-Schmidt, Oberstudienrätin,
Werner-Siemens-Schule (Gewerbliche Schule
für Elektrotechnik), Stuttgart
Dipl.-Päd. Martin Mai, Wilhelm-Lorenz-Realschule,
Ettlingen
Dipl.-Päd. Holger Meeh, Akademischer Rat,
Pädagogische Hochschule Heidelberg
Wibke Renner-Kasper, Konrektorin der Grund-,
Haupt- und Realschule Illingen
Angelika Schober-Penz, Studienrätin,
Erich-Bracher-Schule (Kaufmännische Schule),
Kornwestheim

GESTALTUNG TITEL

Bertron.Schwarz.Frey, Gruppe für Gestaltung, Ulm
www.bertron-schwarz.de

DESIGN UND DIDAKTIK

Medienstudio Christoph Lang, Rottenburg a.N.,
www.8421medien.de

VERLAG

Neckar-Verlag GmbH, Klosterring 1,
78050 Villingen-Schwenningen
Anzeigen: Neckar-Verlag GmbH, Uwe Stockburger
Telefon: 07721/8987-71; Fax: -50
anzeigen@neckar-verlag.de
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1.5.2005.

DRUCK

PFITZER GmbH & Co. KG, Benzstraße 39,
71272 Renningen

Politik & Unterricht erscheint vierteljährlich.
Preis dieser Nummer: 3,20 EUR
Jahresbezugspreis: 12,80 EUR
Unregelmäßige Sonderhefte werden zusätzlich
mit je 3,20 EUR in Rechnung gestellt.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht
unbedingt die Meinung des Herausgebers und der
Redaktion wieder. Für unaufgefordert eingesendete
Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Nachdruck oder Vervielfältigung auf elektronischen
Datenträgern sowie Einspeisung in Datennetze nur mit
Genehmigung der Redaktion.

Titelfoto: picture alliance/Sergi Reborado
Auflage dieses Heftes: 24.000 Exemplare
Redaktionsschluss: 15. Mai 2012
ISSN 0344-3531

Inhalt

Editorial	1
Geleitwort des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport	2
Autor dieses Heftes	2

Unterrichtsvorschläge 3–16

Einleitung	3
Baustein A: Das politische System der USA und die Präsidentschaftswahlen	11
Baustein B: Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur	12
Baustein C: Die letzte Weltmacht	14
Literaturhinweise	16

Texte und Materialien 17–47

Baustein A: Das politische System der USA und die Präsidentschaftswahlen	18
Baustein B: Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur	28
Baustein C: Die letzte Weltmacht	38

Einleitung und alle Bausteine: Prof. Dr. Ingo Juchler

Das komplette Heft finden Sie zum Downloaden als PDF-Datei unter
www.politikundunterricht.de/2_12/usa.htm

Politik & Unterricht wird auf umweltfreundlichem Papier aus FSC-zertifizierten Frischfasern
und Recyclingfasern gedruckt. FSC (Forest Stewardship Council) ist ein weltweites Label
zur Ausweisung von Produkten, die aus nachhaltiger und verantwortungsvoller Waldbewirt-
schaftung stammen.



THEMA IM FOLGEHEFT

Muslime in Deutschland

Editorial

Wenn die Bürgerinnen und Bürger der Vereinigten Staaten von Amerika ihren Präsidenten wählen, dann ist das ein besonderes Ereignis. Über 200 Millionen Menschen sind in den 50 Staaten der USA wahlberechtigt – und sie wählen in einem recht komplizierten und eigenwilligen System den mächtigsten Mann der Welt. Die Wählerinnen und Wähler bestimmen das Staatsoberhaupt und den Regierungschef der letzten verbliebenen Weltmacht. Zudem stehen die nationalen Parlamente, das Abgeordnetenhaus und ein Drittel der Mitglieder des Senats zur Abstimmung. Diese Wahl hat nicht nur enorme Auswirkungen auf die USA, sondern auf die ganze Welt.

Oder sind die USA eine Weltmacht am Zerbröckeln? Haben sie in den Jahren der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise ihren Status als Weltmacht bereits verloren? Was ist das überhaupt für eine Gesellschaft, mit der uns so vieles verbindet und an der wir doch so vieles auch mit Befremden beobachten?

Neben einer altersgerechten Einführung in das politische System, in das Wahlsystem und in die Art und Weise, wie in den USA Wahlkampf geführt wird, gehen wir in der vorliegenden Ausgabe von »Politik & Unterricht« vor allem solchen Fragen nach. Wir bieten hiermit aktuellen und

methodisch abwechslungsreichen Stoff, damit sich Lehrerinnen und Lehrer im Unterricht oder in anderen Bildungszusammenhängen mit diesem wichtigen Thema auseinandersetzen können.

Begleitend zur vorliegenden Ausgabe verweisen wir noch auf unser Online-Portal zur Präsidentschaftswahl in den USA. Unter www.uswahl.lpb-bw.de finden Sie aktuelle Informationen und zahlreiche Links rund um die Wahl.



Lothar Frick
Direktor der LpB



Dr. Reinhold Weber
Chefredakteur

US-Wahl 2012

Das Wahlportal der Landeszentrale für politische Bildung



www.uswahl.lpb-bw.de

Das Wahlportal der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg bietet ein umfassendes Angebot rund um die Präsidentschaftswahl in den USA.

- ausführliche Informationen
- das Wahlsystem der USA
- der Präsident und sein Amt
- die Parteien und ihre Kandidaten
- detaillierte weiterführende Links
- Rückblick auf die Wahl 2008

lpb
BW

Geleitwort des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport

Punktgenau zur Präsidentschaftswahl in den Vereinigten Staaten von Amerika bringt die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg eine Ausgabe von »Politik & Unterricht«. Die ganze Welt schaut auf die USA, wenn im November 2012 die US-amerikanischen Wählerinnen und Wähler eine der weltweit wichtigsten Entscheidungen treffen. Die mediale Aufmerksamkeit rund um den Globus ist diesem Ereignis gesichert – und die Lehrerinnen und Lehrer des Landes haben mit dieser Ausgabe die Möglichkeit, den Prozess von den Vorwahlen über den eigentlichen Wahltag bis hin zur Inauguration des Präsidenten im Unterricht zu begleiten.

In einem ersten Baustein greift die vorliegende Ausgabe den aktuellen Bezug auf: Wahlkampf, Bedeutung der Wahl, politisches System der USA – immer wieder mit dem vergleichenden Blick auf die Bundesrepublik Deutschland. Im zweiten Baustein geht es dann um ausgewählte Aspekte des gesellschaftlichen Lebens in den USA, von der Bedeutung der Religion bis hin zu umstrittenen Themen wie der Todesstrafe. Im dritten Baustein wird schließlich die weltpolitische Bedeutung der Präsidentschaftswahl behandelt, denn der US-amerikanische Präsident macht mit seiner Außen- und Sicherheitspolitik auch globale Politik mit Auswirkungen auf viele Regionen in der Welt.

Das vorliegende Heft greift damit Themen auf, die in den Bildungsplänen des Landes Baden-Württemberg von Bedeutung sind. Aktuelle Materialien, weiterführende Arbeitsaufträge und Online-Recherchen ermöglichen einen aktualitätsbezogenen Unterricht. Wir danken der Landeszentrale für politische Bildung für dieses didaktische Angebot.

*Gernot Tauchmann
Ministerium für Kultus, Jugend und Sport
Baden-Württemberg*



AUTOR DIESES HEFTES

Prof. Dr. Ingo Juchler hat den Lehrstuhl für Politische Bildung an der Universität Potsdam inne und ist Studiendekan der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Kompetenzorientierung in der Politikdidaktik, die Entwicklung politikdidaktischer Lehrstücke auf der Grundlage von narrativen Texten sowie außerschulische politische Lernorte. Darüber hinaus arbeitet er zu den Bereichen der Internationalen Beziehungen und der Europäischen Union.

Die Vereinigten Staaten von Amerika

Politik und Gesellschaft

●●● EINLEITUNG

Wohl kaum ein anderes Land strahlt so viel Faszination aus wie die Vereinigten Staaten von Amerika. Kaum ein anderes westliches Land aber auch, das so viel Kritik, zumal im Bereich der Außenpolitik, auf sich zieht wie die USA. »Amerika«, wie es in Kurzform im Deutschen meist genannt wird, war auch historisch immer beides: Für die einen das gelobte Land, das Zuflucht vor den religiösen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Unbilden des »alten« Kontinents Europa, später auch anderer Teile der Welt, versprach. Für sie wurden die Vereinigten Staaten zum »Land der unbegrenzten Möglichkeiten« – zum »Land der Freien« und zur »Heimat der Tapferen«, wie es in der Nationalhymne heißt. Für die anderen stellen die USA einen Hort religiöser Bigotterie sowie der Rassen- und Klassegegensätze dar, der nach außen mit imperialem Gestus wirtschaftlichen und weltpolitischen Führungsanspruch erklärt und militärisch durchzusetzen sucht.

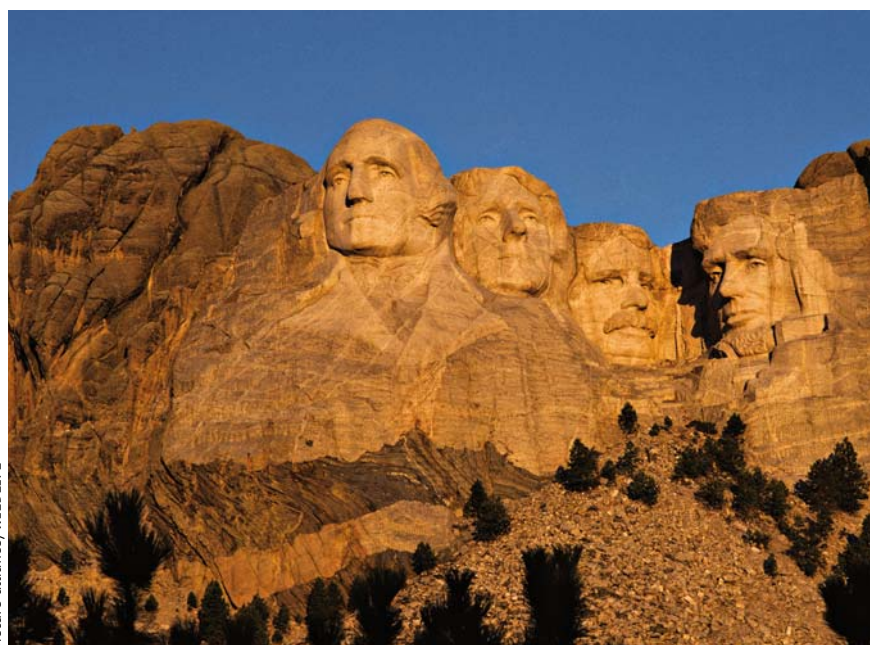
Zur Konzeption dieses Heftes

Die Präsidentschaftswahl 2012 in den USA bildet den aktuellen Anlass für die vorliegende Ausgabe. Die Schülerinnen und Schüler können sich in **Baustein A** mit diesen Wahlen beschäftigen und dabei auch einen Vergleich der politischen Systeme der Vereinigten Staaten und Deutschlands vorneh-

men. **Baustein B** ermöglicht den Lernenden einen Einblick in ausgewählte gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Aspekte der USA, wobei es sich jeweils um aktuelle Themen handelt, die für die Schülerinnen und Schüler sowohl gegenwärtig politisch bedeutsam sind wie auch prospektiv bleiben werden: der »Amerikanische Traum«, Zivilreligion, Wirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Todesstrafe und Rassendiskriminierung. Der abschließende **Baustein C** thematisiert die besondere Rolle der Vereinigten Staaten in der Weltpolitik. Die Lernenden können sich hier mit dem aktuellen und aller Voraussicht nach anhaltenden Konflikt um das iranische Atomprogramm und der diesbezüglichen Position der USA auseinandersetzen. Darüber hinaus ermöglicht ihnen **Baustein C** eine Beschäftigung mit dem Aufstieg Chinas zur Weltmacht und dem daraus erwachsenden Konflikt mit den Vereinigten Staaten.

Präsidentschaftswahlen ...

Die regulär alle vier Jahre stattfindende Wahl zum amerikanischen Präsidenten stellt nicht allein ein nationales politisches Ereignis dar, sondern wird aufgrund der herausgehobenen weltpolitischen Stellung der Vereinigten Staaten in den meisten Ländern der Erde mit Spannung verfolgt. Dabei zeichnen sich bereits die Vorwahlen, die in der ersten Hälfte des Wahljahres veranstaltet werden, durch eine Reihe von besonderen Eigenheiten und Superlativen aus: Seit den 1860er Jahren sind die USA fest durch ein Zweiparteiensystem geprägt, so dass die Präsidenten von Franklin Pierce (1853–1857) an stets der Demokratischen oder der Republi-



Das Nationaldenkmal Mount Rushmore in den Black Hills von South Dakota gilt als »Schrein der Demokratie« in den USA. Die vier gigantischen Felsporträts zeigen die US-Präsidenten (v. l.) George Washington, Thomas Jefferson, Theodore Roosevelt und Abraham Lincoln.

kanischen Partei angehörten. Die in allen 50 Bundesstaaten durchgeführten Vorwahlen (*Primaries*, in manchen Bundesstaaten auch als *Caucus* abgehalten) kommen dem Prinzip der Volkssouveränität nach, welches bereits in der Amerikanischen Revolution zur »Quelle aller Regierungsmacht« erklärt wurde. Dabei dürfen entweder nur die Anhänger einer Partei, die sich registrieren ließen (*Closed Primary*), oder alle registrierten Wählerinnen und Wähler (*Open Primary*) die Vorauswahl des Präsidentschaftskandidaten bestimmen – im Unterschied etwa zur Bundesrepublik, wo in der Regel die Kanzlerkandidaten bzw. -kandidatinnen von einem relativ engen Parteizirkel, allenfalls durch alle Mitglieder der jeweiligen Partei gewählt werden. Die bei den *Primaries* bzw. *Caucuses* gewählten Delegierten nominieren schließlich auf den jeweiligen Parteitag (*National Convention*) den Präsidentschaftskandidaten. Möchte sich ein Präsident nach seiner ersten Amtszeit erneut um das Amt bewerben – wie etwa derzeit Barack Obama –, so muss er sich in der Regel keinem parteiinternen Gegenkandidaten in den Vorwahlen stellen, sondern wird direkt beim nationalen Parteitag zum Präsidentschaftskandidaten gekürt.

Allerdings bedarf die Durchführung eines Wahlkampfes um das Präsidentenamt in den USA – im Unterschied zur Bundesrepublik – ausgesprochen hoher finanzieller Mittel, die der Wahlkämpfer bzw. die Wahlkämpferin insbesondere durch Spenden einwerben muss: Schätzungen zufolge belaufen sich die Kosten allein für die Vorwahlen mindestens auf 100 Millionen Dollar, für eine gesamte Wahlkampagne auf etwa eine Milliarde Dollar pro Kandidat. Die Wählerinnen und Wähler selbst bekommen nicht wie etwa in der Bundesrepublik eine Wahlbenachrichtigung, sondern müssen sich für die Wahl auf eigene Initiative hin im Wahlregister eintragen lassen, da es in den Vereinigten Staaten infolge der fehlenden Meldepflicht keine Einwohnermeldeämter gibt. Dieser Umstand spielte für die Beteiligung der Afroamerikaner bei Wahlen und für die Erfolgsaussichten afroamerikanischer Kandida-

tinnen und Kandidaten auch nach deren formaler politischer Gleichberechtigung durch den 15. Zusatzartikel zur Verfassung im Jahre 1870 eine entscheidende Rolle: Bis Mitte der 1960er Jahre kam es nur zur marginalen politischen Partizipation von Afroamerikanern, da ihnen das Wahlrecht vor allem in den Südstaaten aufgrund besonderer Vorschriften wie beispielsweise bezüglich des Eigentums, der Lesefähigkeit und der Erhebung von Wahlsteuern praktisch wieder entzogen wurde. Erst unter der Präsidentschaft Lyndon B. Johnsons wurden diese diskriminierenden Restriktionen durch den *Voting Rights Act* im Jahre 1965 abgeschafft.

Nach der Bestimmung der Präsidentschafts- und Vizepräsidentschaftskandidaten bei den *National Conventions* im Sommer des Wahljahres folgt auf den personell wie materiell äußerst aufwändigen Wahlkampf am ersten Dienstag nach dem ersten Montag im November der Jahre mit gerader Jahreszahl der eigentliche Wahltag (*Election Day*), dieses Jahr also am 6. November 2012. Hierzu werden in den 50 Bundesstaaten entsprechend der jeweiligen Anzahl der Kongressabgeordneten (100 für den Senat, 435 für das Repräsentantenhaus) insgesamt 535 sowie im District of Columbia zusätzlich drei Wahlfrauen und -männer gewählt, sodass 538 Personen das *Electoral College* bilden. Der amerikanische Präsident und sein Vizepräsident werden also de jure indirekt gewählt, de facto erfolgt die Wahl der beiden Personen jedoch direkt, stehen doch auch ihre Namen am Wahltag auf den Stimmzetteln. Bis auf die Bundesstaaten Maine und Nebraska (wo die Stimmen nach Proporz aufgeteilt werden) wird nach dem Mehrheitswahlrecht verfahren, mit der Konsequenz, dass nach dem Prinzip *The Winner Takes it All* sämtliche Stimmen der Wahlfrauen und -männer eines Bundesstaates für den Präsidentschaftskandidaten abgegeben werden, welcher die Mehrheit der Stimmen in dem jeweiligen Bundesstaat erreicht hat. Aufgrund dieses Wahlrechts kann es zur Wahl eines Präsidenten kommen, der zwar die Mehrheit der Mitglieder des *Electoral Colleges* hinter sich hat,



Wahlkampf ist ein teures Geschäft – vor allem in den USA. Das Foto zeigt Mitt Romney, den Präsidentschaftskandidaten der Republikaner, bei einer Vorwahl im März 2012 in Schaumburg (Illinois).

nicht aber die Mehrheit der Wählerstimmen insgesamt. Diese Konstellation ereignete sich beispielsweise bei der umstrittenen Präsidentenwahl von George W. Bush im Jahre 2000. Die Vereidigung des neuen Präsidenten und des Vizepräsidenten findet schließlich am 20. Januar des darauffolgenden Jahres in der Bundeshauptstadt Washington statt.

... und das politische System

Das präsidentielle Regierungssystem der Vereinigten Staaten hat sich im 18. Jahrhundert in Abgrenzung und als politischer Gegenentwurf zu den in Europa vorherrschenden absolutistischen Monarchien entwickelt. Im Unterschied zu parlamentarischen Regierungssystemen wie etwa dem bundesdeutschen zeichnet sich das präsidentielle Regierungssystem der USA durch eine klare Gewaltenteilung im Sinne von Charles de Montesquieu in Exekutive, Legislative und Judikative aus. Hervorzuheben ist hier die deutliche Trennung von gesetzgebender und vollziehender Gewalt – im Unterschied zur Gewaltenverschränkung in Deutschland von Bundestagsmehrheit, Regierung und Kanzler(in): Die Vertreter sowohl der Legislative – dem Kongress, der aus den beiden Kammern Repräsentantenhaus und Senat besteht – wie auch der Präsident werden vom Volk direkt gewählt. Der amerikanische Präsident ist zugleich Staatsoberhaupt, Regierungschef sowie Oberbefehlshaber der Streitkräfte und kann nicht – wie etwa in der Bundesrepublik durch ein konstruktives Misstrauensvotum – abgewählt werden. Allein ein erfolgreich durchgeführtes Amtsenthebungsverfahren (*Impeachment*) könnte bei einer Verurteilung wegen Korruption, Verrat oder anderer schwerer Vergehen seinen Rücktritt erzwingen.

Das »Kabinett« des amerikanischen Präsidenten setzt sich nicht – wie in der Bundesrepublik in der Regel – aus Mitgliedern der Legislative, sondern aus Beratern zusammen, die entsprechend ihrer Funktion als Sekretäre des Präsidenten benannt sind (z. B. *Secretary of State* – Außenminister).

Der amerikanische Präsident tritt nur einmal jährlich vor den Vertretern des Repräsentantenhauses für seine Rede zur Lage der Nation auf. Ansonsten sind Exekutive und Legislative strikt getrennt, was nicht heißt, dass sie nicht aufeinander angewiesen wären: Will ein amerikanischer Präsident eine Gesetzesinitiative starten, so muss er die Vorlage über politisch nahestehende Kongressabgeordnete in den Gesetzgebungsprozess einbringen und für eine Mehrheit in beiden Kammern werben. Letztlich dient die konsequente Trennung von gesetzgebender und vollziehender Gewalt der wechselseitigen Kontrolle bei gleichzeitiger Kooperation der Institutionen, das Prinzip von *Checks and Balances*.

Parteien

Im Vergleich zu bundesdeutschen Verhältnissen weist das amerikanische politische System auch bezüglich der Rolle der Parteien erhebliche Unterschiede auf. Während in Deutschland Parteien Verfassungsrang besitzen, werden sie in der amerikanischen Verfassung nicht erwähnt. Amerikanische Parteien haben keine mit ihren deutschen Pendanten vergleichbaren beitragszahlenden Mitglieder, keine in der politischen Öffentlichkeit präsente Vorsitzende und sie werden zwischen den Wahlen aufgrund ihrer mangelnden Aktivitäten kaum wahrgenommen. Seit den 1860er Jahren werden in den Vereinigten Staaten die Wahlen von zwei Parteien dominiert – Demokraten und Republikaner –, was nicht zuletzt mit dem dort geltenden Mehrheitswahlprinzip zusammenhängt. Kleinere Parteien wie etwa die *Green Party* haben es vor diesem Hintergrund schwer, gewählt zu werden und sich landesweit zu etablieren.

Eine politische Besonderheit stellt die *Tea Party* dar: Sie führt zwar in ihrem Namen den Begriff »Partei«, ist jedoch nicht im eigentlichen Sinn als Partei, sondern eher als Bewegung zu verstehen, da sie über keinerlei diesbezügliche organisatorische Strukturen verfügt. Der Name *Tea Party* stellt eine Referenz zum Widerstand der Bewoh-



Das Kapitol in Washington, D. C. mit dem Sternenbanner. Hier sitzt der Kongress, die Legislative der Vereinigten Staaten von Amerika.

ner der Stadt Boston gegen die britische Kolonialpolitik im Jahre 1773 her, welcher als *Boston Tea Party* («No Taxation without Representation») zum geschichtspolitischen Mythos der Vereinigten Staaten avancierte. Sie entstand im Jahr 2009 als Gegenbewegung zur Wirtschaftspolitik von Präsident Barack Obama, richtet sich aber auch gegen seine Person als Afroamerikaner im Präsidentenamt selbst.

Zivilreligion

Für das Verständnis der amerikanischen Kultur ist insbesondere auch eine Betrachtung der Relevanz der Religion in den Vereinigten Staaten notwendig. Gemeinhin gelten die USA als ein Land, das für zivilisatorischen Fortschritt und Demokratie, für Massenkonsum und Kulturindustrie, für Industrialisierung und wirtschaftliche Innovation sowie für wissenschaftliche Höchstleistungen steht. Im Unterschied zu europäischen Staaten, in welchen ähnliche Entwicklungen stattfanden, kam es in den USA jedoch nicht zu einem Bedeutungsverlust der Religion und zu einem Prozess zunehmender Säkularisierung – im Gegenteil: Religion bildet einen festen Bestandteil der amerikanischen Identität. Das amerikanische politische Gemeinwesen insgesamt gründet auf einer besonderen Bedeutung der Religion und deren Werte für die verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Bereiche. In der amerikanischen Verfassung wurde – im Vergleich zu anderen Staaten sehr früh – eine klare Trennlinie zwischen Politik und Religion gezogen. Für die geistigen Väter der amerikanischen Verfassung wie Thomas Jefferson ging es bei dieser Trennung vor allem auch um die Garantie der Möglichkeit zur freien Religionsausübung. Sie stellte eine Grundvoraussetzung für die Ausübung staatsbürgerlicher Freiheitsrechte da. Entsprechend findet sich heute in den Vereinigten Staaten eine beeindruckende Vielzahl religiöser Gemeinschaften, deren fundamentale Vertreter oftmals auch mit staatlichen Institutionen in Konflikt geraten, etwa wenn es um die Frage von Abtreibungen oder um den Kreationismus geht, also die Auffassung von der wörtlichen

Gültigkeit der Schöpfungsgeschichte in der Bibel. Darüber hinaus ist die Religion ihrerseits in der amerikanischen Innen- wie in der Außenpolitik allgegenwärtig.

Rassendiskriminierung?

Mit der Wahl Barack Obamas zum Präsidenten gelangte erstmals ein Afroamerikaner in das höchste Staatsamt. Dies ist zunächst als bahnbrechender Erfolg auf dem Weg zur vollständigen Aufhebung der über Jahrhunderte bestehenden Trennung von Schwarz und Weiß in den Vereinigten Staaten zu werten. Eingedenk des Umstands, dass die letzten Hürden zur formalen Gleichberechtigung der Afroamerikaner erst in den 1960er und 1970er Jahren aufgrund des starken zivilgesellschaftlichen Engagements des *Civil Rights Movement* genommen wurden, zeugt diese Wahl auch von einem enormen Mentalitätswandel in der amerikanischen Gesellschaft. Vor dem Hintergrund dieser Erfolgsgeschichte sind die nach wie vor bestehenden Malaisen im Hinblick auf eine vollständige reale Gleichberechtigung der Afroamerikaner zu betrachten. Die Unterschiede zwischen Schwarz und Weiß lassen sich in mannigfachen gesellschaftlichen, rechtlichen und ökonomischen Bereichen ausmachen, sei es im Hinblick auf die Gesundheitsversorgung, Schul- und Hochschulbesuch, Kriminalität, Verhängung der Todesstrafe, Wohnmöglichkeiten oder Armut und Arbeitslosigkeit, von welcher Afroamerikaner in der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzkrise in besonderer Weise betroffen sind. Besonders eklatant wirkt sich die mangelnde faktische Gleichberechtigung von Afroamerikanern im amerikanischen Justizsystem aus, in welchem offensichtlich nach wie vor die Hautfarbe bei der Beurteilung von Delikten oftmals eine ausschlaggebende Rolle spielt, insbesondere im Süden der Vereinigten Staaten.

Sonderfall: Todesstrafe

Das amerikanische Justizsystem weist darüber hinaus einen vor allem von Europäern vielfach kritisierten Sonderfall auf: Im Unterschied zu allen anderen westlichen Industrienati-



Barack Obama im Januar 2009:
Zum ersten Mal in der Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika wird ein Afroamerikaner Präsident. Rechts neben Obama sein Amtsvorgänger George W. Bush.

onen ist in 34 von 50 amerikanischen Bundesstaaten die Todesstrafe noch erlaubt. Sie ist wiederum insbesondere im Süden der USA stark verbreitet, wo auch etwa 80 Prozent der Exekutionen stattfinden. Die Mehrheit der US-Amerikaner befürwortet diese Strafe, wenn auch mit abnehmender Tendenz: Waren es in den 1990er Jahren noch etwa 80 Prozent, so sind heute noch etwa zwei Drittel der Amerikaner für die Todesstrafe. Ihre Verhängung und Durchführung ist wiederum an soziale Komponenten gekoppelt – in Armut lebende Menschen können sich keinen guten Anwalt leisten und die Hautfarbe von Täter und Opfer spielt bei der Verurteilung und tatsächlichen Hinrichtung eine Rolle.

Wirtschaft

In wirtschaftlicher Hinsicht können die Vereinigten Staaten im Vergleich zu den meisten anderen Industriestaaten mit beeindruckenden Zahlen aufwarten. Dennoch ist auch die größte Volkswirtschaft der Welt in besonderer Weise von der Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2008 betroffen, die ihren Anfang in der amerikanischen Immobilienkrise nahm. Entsprechend kämpfen die USA mit einer Beschäftigungskrise – allein seit dem Amtsantritt von Barack Obama verlor die US-Wirtschaft rund 2,5 Millionen Arbeitsplätze –, und die amerikanische Staatsverschuldung wird bis zur Präsidentschaftswahl 2012 einen Umfang von etwa 16,7 Billionen Dollar angenommen haben. Als Folge der Finanzkrise und der dabei zum Ausdruck kommenden entscheidenden Rolle der Banken für die wirtschaftliche und politisch-gesellschaftliche Entwicklung von Staaten entstand in New York 2011 die Occupy-Wall-Street-Bewegung, die auch Bezüge zu den arabischen Revolutionen (Besetzung des Tahrir-Platzes in Kairo usw.) vornahm.

Angesichts dieser ökonomischen Entwicklung wird das Ziel der wirtschaftlichen Prosperität ein gewichtiges Thema im Präsidentschaftswahlkampf darstellen. Bei der Bewertung der Frage, ob sich die Vereinigten Staaten im ökonomischen

Bereich aktuell weiterhin im Niedergang befinden oder die wirtschaftliche Rezession bereits überwunden und der Staatshaushalt mittelfristig zu konsolidieren ist, wird es – wie immer – auf die jeweilige ökonomische bzw. politische Perspektive ankommen.

Die Hoffnung vieler Amerikanerinnen und Amerikaner auf einen neuen ökonomischen Aufschwung gründet nicht zuletzt in der enormen Fähigkeit des Landes zur Entwicklung wirtschaftlich-technischer Innovationen und deren Umsetzung – ein Umstand, der gerade auch für den mächtigen wirtschaftlichen Konkurrenten der USA, die Volksrepublik China, zu beachten ist. Zum einen versteht sich China nicht länger nur als kostengünstige verlängerte Werkbank der Vereinigten Staaten, sondern das »Land der Mitte« fördert die eigenen Direktinvestitionen in amerikanische Werke und Unternehmen, um einen größeren Anteil an der Wertschöpfung zu erreichen. Zum anderen bemüht sich Peking auch darum, im eigenen Land gegen die noch bestehende Vorherrschaft der Vereinigten Staaten in der Weltwirtschaft vorzugehen, indem umfängliche Investitionen in Zukunftstechnologien getätigt werden.

Umweltpolitik

Galt der Ausstieg der Vereinigten Staaten aus dem Kyoto-Protokoll unter der Präsidentschaft George W. Bushs als beispielhaft für dessen Desinteresse im Hinblick auf Klimaschutz und Umweltpolitik, so wurden in Barack Obama um so größere klima- und umweltpolitische Hoffnungen gesetzt, die er in seinem Wahlkampf auch durchaus befeuert hatte.

Die Bilanz der Umwelt- und Klimapolitik der Präsidentschaft Obamas nimmt sich gemessen an den Erwartungen nüchtern aus, was vielfach nicht einem fehlenden politischen Willen, sondern vor allem der fehlenden innenpolitischen Rückendeckung durch die Republikaner sowie der Anhänger der Tea-Party-Bewegung und der weltweiten Finanz-



Am 15. September 2008 meldet die US-amerikanische Investmentbank Lehman Brothers Bankrott an. Die Pleite ist folgenschwer und führt die ganze Welt in eine anhaltende Banken- und Finanzkrise.

und Wirtschaftskrise mit den Folgen hoher Arbeitslosigkeit und steigender Energiepreise geschuldet war. Entsprechend fehlte Präsident Obama auf der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen (2009) das innenpolitische Mandat, um die Bemühungen zur Verbesserung des weltweiten Klimaschutzes substanziell voranzutreiben. Innenpolitisch bedeutsam ist nun seine vorläufige Absage gegenüber dem umweltpolitisch umstrittenen Ölpipeline-Projekt »Keystone XL«, was im Präsidentschaftswahlkampf bezüglich des Bereichs der Umweltpolitik von erheblicher Bedeutung ist.

Kulturindustrie

Die Vereinigten Staaten beeindrucken nicht nur ökonomisch als größte Volkswirtschaft und politisch-militärisch als letzte Weltmacht, sie sind auch als *Soft Power* im Hinblick auf die internationale Verbreitung ihrer Kultur und ihrer Werte maßgebend. Beispielhaft kann hierfür Hollywood als Zentrum der Weltfilmindustrie gelten. Musik aus den Vereinigten Staaten beeinflusst seit den 1950er Jahren entscheidend den Musikgeschmack nicht nur von Jugendlichen und nicht allein in den westlichen Industrienationen, sondern über alle Generationen hinweg und auf der ganzen Welt. Die Produkte der amerikanischen Kulturindustrie werden weltweit konsumiert, die über diese Produkte transportierten Modetrends, Haltungen, Werte und Einstellungen prägen den Lebensstil nicht nur von Heranwachsenden auf dem gesamten Globus.

Die letzte Weltmacht

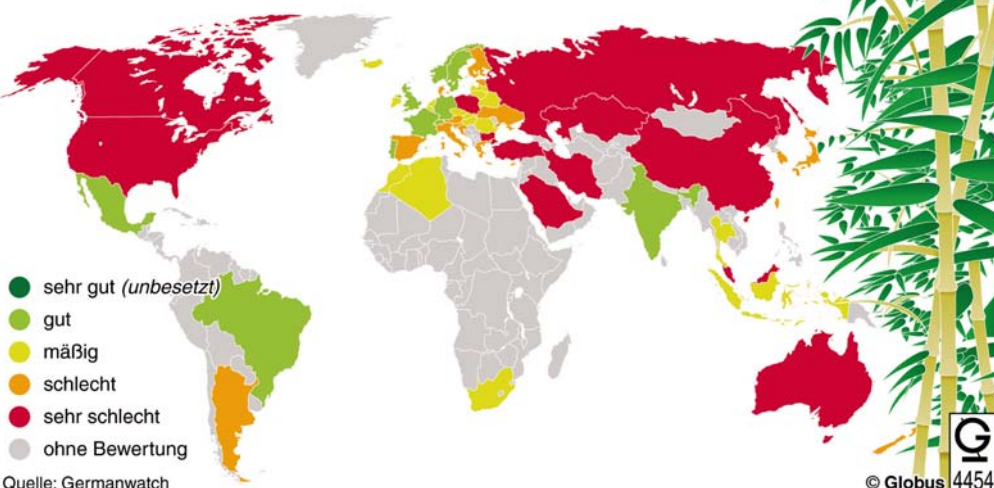
Das zivilreligiöse Selbstverständnis der Vereinigten Staaten als exzeptionelle Nation findet auch in der Außen- bzw. Weltpolitik des Landes seinen Widerhall. So expandierten die amerikanischen Siedler im 19. Jahrhundert unter der Formel der *Manifest Destiny*, also der vorgeblich gottgewollten »offensichtlichen Bestimmung« der USA, ihren Siedlungsbe- reich bis zum Pazifik auszudehnen, wobei es immer wieder zu blutigen Konflikten mit den indianischen Ureinwohnern

sowie mit Mexiko kam. Der nordamerikanische Präsident James Monroe hatte bereits 1823 die Sicherheitsinteressen der Vereinigten Staaten auf den gesamten amerikanischen Doppelkontinent ausgedehnt, indem er die europäischen Mächte davor warnte, durch etwaige Interventionen eine Rekolonialisierung der westlichen Hemisphäre vorzunehmen (»Monroe-Doktrin«). Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurden die Vereinigten Staaten im sich entwickelnden Ost-West-Konflikt zur Weltmacht, die – auch als militärisch stärkster und politisch tonangebender NATO-Partner – zur westlichen Schutzmacht wurde. In dieser Rolle organisierten die Vereinigten Staaten zusammen mit Großbritannien und Frankreich während der Berlin-Blockade 1948/49 auch die Luftbrücke, welche die Freiheit West-Berlins sicherstellte – ein beispielhafter Umstand, welcher im tagespolitischen Furor etwa um den Irak-Krieg im Jahre 2003 oftmals vergessen wird.

Daneben engagierten sich die USA in ihrem Selbstverständnis als Weltmacht in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts politisch und militärisch oftmals in einer Weise, die ihrer Außenpolitik viel Kritik einbrachte. Zu nennen sind hier exemplarisch die Beteiligung am Staatsstreich gegen den demokratisch gewählten persischen Premierminister Mohammad Mossadegh unter der Präsidentschaft Dwight D. Eisenhowers (August 1953), die Unterstützung von Exilkubanern bei der Intervention in der Schweinebucht in Kuba unter der Präsidentschaft John F. Kennedys (April 1961), der Vietnam-Krieg unter den Präsidenten Lyndon B. Johnson und Richard Nixon (1964–1973), die Unterstützung von General Augusto Pinochet beim Sturz des demokratisch gewählten chilenischen Präsidenten Salvador Allende unter der Nixon-Administration (11. September 1973) und schließlich die jüngste militärische Intervention im Irak unter Präsident George W. Bush (2003), welche mit dem Abzug der amerikanischen Kampftruppen im Dezember 2011 unter der Präsidentschaft Barack Obamas offiziell beendet wurde.

Staaten im Klima-Check

Klimaschutzindex 2011: Bewertung der Staaten hinsichtlich des Klimaschutzes nach CO₂-Emissionstrends, Emissionsniveau und Klimapolitik



Weltweit gesehen gehen die Staaten ganz unterschiedlich gegen den Klimawandel vor. Die Organisation Germanwatch bewertet mit ihrem Klimaschutzindex die Leistungen von rund 60 Staaten in Sachen Klimaschutz.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der kommunistischen Satellitenstaaten, der mit der Auflösung des Warschauer Paktes einherging, blieben die Vereinigten Staaten die letzte Weltmacht. In wirtschaftlicher Hinsicht sehen sie sich diesen Rang betreffend seit geraumer Zeit vor allem von der Volksrepublik China herausgefordert – ein Umstand, der insbesondere seit der jüngsten Weltfinanz- und Wirtschaftskrise zum Ausdruck kommt. Militärisch jedoch findet sich gegenwärtig keine Nation, die den Vereinigten Staaten auch nur ansatzweise ebenbürtig wäre. Die USA sind die einzige militärische Weltmacht, was auch ihrer über die Jahre immer wieder erneuerten »Nationalen Sicherheitsstrategie« entspricht.

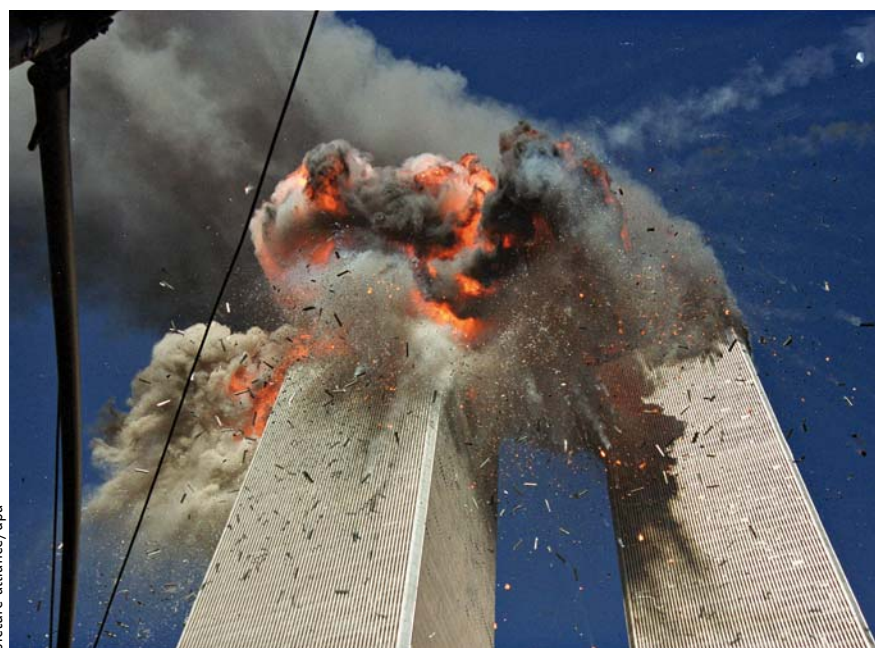
»9/11« und die Folgen

Kein anderes außen- und sicherheitspolitisches Ereignis hat die Vereinigten Staaten in ihrer jüngeren Geschichte mehr erschüttert und ihre verteidigungspolitische Ausrichtung in den letzten Jahren mehr geprägt als die Anschläge islamistischer Terroristen am 11. September 2001 (siehe auch Politik & Unterricht Heft 4/2006, Internationale Beziehungen). Die Terrorangriffe auf eigenem Territorium wurden in historischer Dimension verglichen mit dem Überfall der Japaner auf Pearl Harbor am 7. Dezember 1941, der den Anlass zum Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg bildete. Die medial vermittelten Bilder zu den Angriffen vor allem auf die *Twin Towers* des World Trade Centers gruben sich tief in das kollektive Gedächtnis der Nation ein. Innenpolitisch hatten die Terroranschläge beispielsweise Einschränkungen der Bürgerrechte durch den *USA Patriot Act* (Gesetz zur Bekämpfung des Terrorismus und Stärkung des nationalen Zusammenhalts) zur Folge. Außenpolitisch schmiedeten die Vereinigten Staaten als Reaktion auf die Angriffe ein Bündnis von Staaten, die bereit waren, unter Führung der USA in Afghanistan zu intervenieren und das dortige Regime der Taliban, welches der Unterstützung des Terrornetzwerkes al-Qaida bezichtigt wurde, zu beseitigen.

Eineinhalb Jahre später wurde von der Bush-Administration der Irak unter Präsident Saddam Hussein verdächtigt, Massenvernichtungswaffen herzustellen. In der Folge intervenierten die Vereinigten Staaten zusammen mit einer *Coalition of the Willing*, darunter auch zahlreiche europäische Staaten wie Großbritannien, Spanien, Italien und Polen, im März 2003 im Irak und stürzten das Regime Saddam Husseins. Zwar entsprach dieser Krieg der von Präsident Bush erlassenen *National Security Strategy* von 2002, wonach die Vereinigten Staaten notfalls auch präventive Militärschläge durchführen können. Der Weltsicherheitsrat der Vereinten Nationen erteilte dieser Militäroperation jedoch keine Zustimmung. Das Vorgehen der USA geriet weiterhin in Misskredit, als die Folterpraktiken amerikanischer Soldaten im Gefängnis von Abu Ghuraib (Irak) sowie die Behandlung von Gefangenen in Guantánamo (Kuba) bekannt wurden.

Mit dem Abzug der letzten Kampftruppen aus dem Irak im Dezember 2011 unter Präsident Obama gilt dieser Krieg als Element des von Präsident George W. Bush erklärten *War on Terror* zwar als beendet und die Obama-Administration lehnt die Konzeption des Kriegs gegen den Terror ab. Doch müssen sich die Vereinigten Staaten zusammen mit ihren Alliierten weiterhin um den nunmehr zehn Jahre währenden Krieg in Afghanistan gegen die Taliban bemühen – ein asymmetrischer Krieg, welcher die daran beteiligten Staaten unter Federführung der USA vor größte Herausforderungen stellt und der inzwischen nach allgemeiner Einschätzung als Konflikt angesehen wird, den die Interventionstruppen nicht gewinnen können.

Ein weiteres heikles politisches Erbe der Präsidentschaft von George W. Bush stellt für Barack Obama das Gefangenenlager in Guantánamo auf Kuba dar. (Die Vereinigten Staaten dürfen auf der Grundlage des *Platt Amendments* von 1901 in der Bucht von Guantánamo auf Kuba eine Marinebasis



Die Terroranschläge am 11. September 2001 waren vier koordinierte Selbstmordattentate auf wichtige zivile und militärische Gebäude der USA. Die Ereignisse dieses Tages werden auch kurz als »Nine-Eleven« oder »9/11« bezeichnet. Vor allem die brennenden Twin Towers des World Trade Centers in New York, in die die Terroristen entführte Flugzeuge gelenkt hatten, haben sich in das kollektive Gedächtnis der Weltbevölkerung eingegraben.

unterhalten.) Hatte Obama während des Präsidentschaftswahlkampfes 2008 versprochen, das Lager nach seiner Wahl binnen eines Jahres zu schließen, so rückte er von diesem Versprechen während seiner Präsidentschaft ab, was zu Kritik nicht nur von Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International und Human Rights Watch führte.

Gegenwärtige weltpolitische Herausforderungen: Iran ...

Präsident Barack Obamas Vorgänger George W. Bush hatte den Iran als Teil einer *Axis of Evil* («Achse des Bösen»), zusammen mit Nordkorea und Irak, ausgemacht, denn diese Staaten bemühten sich vorgeblich um Massenvernichtungswaffen. Das Land am Persischen Golf steht bereits seit längerem in Verdacht, an einem geheimen Programm zur Entwicklung von Atombomben zu arbeiten. Dabei hat der Iran den »Nichtverbreitungsvertrag« (NVV, 1970) unterzeichnet, wonach sich die damals fünf Atomwaffenstaaten USA, Sowjetunion, China, Großbritannien und Frankreich verpflichteten, Kernwaffen nicht weiterzugeben und diese letztlich völlig abzurüsten, während sich die Nichtkernwaffenstaaten verpflichteten, diese nicht zu entwickeln oder anderweitig anzueignen. Barack Obama war bereits im ersten Jahr seiner Präsidentschaft der Friedensnobelpreis zuerkannt worden, da er die Vision einer Welt ohne Atomwaffen entwickelt und sich hierfür eingesetzt habe.

Die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) bemängelt schon seit Jahren die mangelnde Kooperationsbereitschaft Irans bezüglich seines Atomprogramms. Über diese Entwicklung ist insbesondere Israel alarmiert, nicht zuletzt da der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad wiederholt öffentlich das Existenzrecht des Staates in Frage gestellt hat. Vor dem Hintergrund der mangelnden Transparenz Irans bezüglich seines Atomprogramms stellt sich für Israel aktuell die Frage nach einem etwaigen militärischen Präventivschlag gegen dieses Programm, was insbesondere auch die Vereinigten Staaten vor große außen- und sicher-

heitspolitische Herausforderungen stellt. Zur Beschreibung der Dimension dieser Herausforderung wird inzwischen häufig eine historische Parallele zur Kuba-Krise von 1962 gezogen, als die Welt vor dem Abgrund einer nuklearen Konfrontation zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion einschließlich ihrer jeweiligen Verbündeten stand.

... und China

Die Fähigkeit der Volksrepublik China, die Folgen der Weltfinanz- und Wirtschaftskrise seit 2008 wesentlich schneller als die Vereinigten Staaten und Europa zu bewältigen, veranschaulicht beispielhaft die enorme ökonomische Macht und Bedeutung des Landes (siehe auch Politik & Unterricht Heft 1/2008: Volksrepublik China – Eine neue Weltmacht?). Die USA nehmen ihrerseits China bereits seit Jahren als potenziellen Konkurrenten auf der weltpolitischen Bühne wahr, wobei zwischen wirtschaftlicher und politischer Macht zu differenzieren ist. Während China im ökonomischen Bereich durchaus im Begriff ist, für die Vereinigten Staaten zu einem Partner bzw. Konkurrenten auf Augenhöhe zu werden, gilt diese Feststellung längst nicht für den politisch-militärischen Bereich. Zwar erhöht China seinen Verteidigungsetat konsequent jährlich um durchschnittlich zehn Prozent. Doch selbst auf mittlere Sicht dürfte daraus den USA keine wirklich herausfordernde militärische Konkurrenz erwachsen.

Der wirtschaftliche Aufstieg Chinas sowie die stetig wachsende Relevanz der asiatisch-pazifischen Region insgesamt veranlassen die Vereinigten Staaten, sich auf ein »pazifisches Jahrhundert« einzustellen. Für die USA wird es deshalb auch darum gehen, die eigene Position innerhalb einer neuen Weltordnung zu bestimmen. Der ehemalige amerikanische Außenminister Henry Kissinger brachte diese weltordnungspolitische Herausforderung auf den Punkt, indem er die weltpolitische Begrenzung des »Landes der unbegrenzten Möglichkeiten« markierte: »Können die Vereinigten Staaten lernen, eine Beschneidung ihres Einflusses hinzunehmen?«



März 2012: US-Präsident Barack Obama und der chinesische Staatschef Hu Jintao beim Shakehands in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul. Kooperation oder Konkurrenz zweier Großmächte?

●●● Baustein A

DAS POLITISCHE SYSTEM DER USA UND DIE PRÄSIDENTSWAHLEN

Die Wahl des amerikanischen Präsidenten im Vierjahresturnus ist in den Vereinigten Staaten selbst wie international ein mit Spannung beobachtetes mediales Großereignis. Die Schülerinnen und Schüler können in diesem Baustein elementare Kenntnisse zum politischen System der Vereinigten Staaten erwerben. Dabei sollen sie sich vor allem auch mit dem Wahlsystem und der amerikanischen Parteienlandschaft einschließlich der Tea-Party-Bewegung auseinandersetzen. Einen besonderen Fokus richtet dieser Baustein auf den aktuellen Präsidentschaftswahlkampf. Die Schülerinnen und Schüler lernen dabei die Politik des gegenwärtigen Amtsinhabers Barack Obama sowie die politischen Positionen des republikanischen Herausforderers Mitt Romney kennen.

UNTERRICHTSPRAKTISCHE HINWEISE

Das Quiz zu Beginn dieses Bausteins eröffnet den Schülerinnen und Schülern zunächst einen spielerischen Einstieg in die übergeordnete Thematik des Heftes, wobei das Lösungswort »Präsident« bereits auf den diesjährigen Präsidentschaftswahlkampf in den USA und damit auf die Themen politisches System und Präsidentschaftswahlen hinweist (A1). Durch die Fotocollage (A2) werden die Lernenden mit wichtigen Institutionen und Personen des amerikanischen politischen Systems vertraut gemacht und können hierzu auch selbstständig eine Recherche im Internet durchführen.

Durch die Beschäftigung mit den Grafiken zum Verfassungssystem der USA sowie zu den Verfassungsorganen der Bun-

desrepublik Deutschland vermögen die Schülerinnen und Schüler weiterhin, das präsidentielle amerikanische Regierungssystem kennenzulernen und mit unserem parlamentarischen System zu vergleichen (A3 und A5). In diesem Zusammenhang können sie sich auch mit dem System von Checks und Balances auseinandersetzen und über die damit verbundene politische Intention der Verfassungsväter reflektieren (A4).

Die Texte zu den beiden Präsidentschaftskandidaten Barack Obama und Mitt Romney (A6 und A7) ermöglichen den Lernenden, sich mit deren Persönlichkeit zu beschäftigen, indem sie einen Steckbrief verfassen. Darüber hinaus lernen sie hier die unterschiedlichen politischen Positionen der beiden Präsidentschaftskandidaten in verschiedenen Politikfeldern kennen, was über die Einbeziehung des Textes der Bundeszentrale für politische Bildung im Internet noch vertieft werden kann. Schließlich können die Schülerinnen und Schüler hier begründet Stellung dazu beziehen, welcher der beiden Kandidaten ihr persönlicher Favorit ist.

Für das Verständnis der aktuellen Präsidentschaftswahlen sind Kenntnisse über das amerikanische Wahlsystem unerlässlich. Die Lernenden können diese durch ihre Beschäftigung mit dem Verfahren der *Primaries*, der Parteitage zur Nominierung der Präsidentschaftskandidaten sowie dem Vorgang der eigentlichen Präsidentschaftswahl über Wahlmänner erwerben (A8 und A9). In diesem Zusammenhang können die Schülerinnen und Schüler weiterhin das Wahlverfahren zur Nominierung der Präsidentschaftskandidaten mit demjenigen zur Wahl der Kanzlerkandidaten in der Bundesrepublik vergleichen und die jeweiligen Vor- und Nachteile benennen. Darüber hinaus lernen sie hier die Rolle der politischen Parteien im amerikanischen politischen System kennen und können Gemeinsamkeiten sowie Unterschiede des amerikanischen und des deutschen Parteiensystems herausarbeiten (A10).



Er war weltweit der Hoffnungsträger der jungen Amerikaner. Seine Botschaft des Wandels hat eine starke Faszination ausgeübt. Nun steht der Senkrechtstarter zur Wiederwahl: Präsident Barack Obama.

Der Text von Dorothea Hahn (A11) macht die Schülerinnen und Schüler mit der Tea-Party-Bewegung bekannt. Die Lernenden setzen sich mit der Namensgebung dieser »Partei« auseinander und erläutern die politischen Positionen derselben. Weiterhin besteht für sie die Möglichkeit, die politischen Forderungen der Tea-Party-Bewegung zu reflektieren und eine eigenständige politische Stellungnahme hierzu zu formulieren.

Ein wesentlicher Unterschied der Wahlen in den Vereinigten Staaten zu Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland besteht in der Finanzierung des Wahlkampfs. Die Schülerinnen und Schüler können sich mit den Materialien A12 und A13 Grundzüge der Wahlkampffinanzierung in den USA erarbeiten. Dabei stoßen sie auch auf das Verfahren des *Super-PACs* (PAC = *Political Action Committee*), das die Spenden von sehr hohen Geldbeträgen durch Einzelpersonen oder Gesellschaften ermöglicht. Die Lernenden können die möglichen Auswirkungen dieser Spendenpraxis schließlich diskutieren und sich ein eigenständiges Urteil über die amerikanische Wahlkampffinanzierung bilden.

Lösungen zum Quiz auf Seite 18:

AMERIKA UND DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND IM VERGLEICH

Frage 1: 27 Mal = D; Frage 2: 180 kcal mehr = T;
Frage 3: 30 = Ä; Frage 4: 7 = P; Frage 5: ungefähr
sechs Mal so hoch = N; Frage 6: 950 = S; Frage 7:
13.644 = E; Frage 8: 1.429.000 Soldaten u. 7.620
Kampfpanzer = R; Frage 9: 5,60 = I.

Lösungswort: PRÄSIDENT.

●●● Baustein B

GESELLSCHAFT, WIRTSCHAFT UND KULTUR

Seit der Landung der ersten europäischen Siedler bieten die Vereinigten Staaten eine Projektionsfläche für politische, religiöse, wirtschaftliche und soziale Wunschvorstellungen – die Rede vom Amerikanischen Traum ist zum geflügelten Wort geworden. Die Schülerinnen und Schüler können sich im Folgenden mit den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen in den USA vertraut machen. Hierzu sollen sie sich mit kontroversen Auffassungen über die Umsetzungsbedingungen des Amerikanischen Traums – die Bedeutung der Religion für die Gesellschaft, den Zustand der amerikanischen Ökonomie, Umwelt- und Klimaschutz, die Todesstrafe und Rassendiskriminierung – auseinandersetzen.

UNTERRICHTSPRAKTISCHE HINWEISE

Die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise, die ursprünglich durch die amerikanische Immobilienkrise ausgelöst wurde, hat auch in den Vereinigten Staaten deutliche Spuren hinterlassen – nicht allein im Hinblick auf die gestiegene Arbeitslosigkeit und die enorme öffentliche Verschuldung, sondern ebenso bezüglich der Befindlichkeit der amerikanischen Bevölkerung allgemein. Die Lernenden können auf der Grundlage der Informationscollage B1 die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes kennenlernen und vermittels einer Recherche mit derjenigen in Deutschland vergleichen. Die Fotocollage B2 ermöglicht den Schülerinnen und Schülern weiterhin eine Auseinandersetzung mit der ethnischen Zusammensetzung der amerikanischen Bevölkerung sowie mit dem Phänomen des *American Dream*.



Nach wie vor bestehen für die Nachkommen afrikanischer Sklaven in den Vereinigten Staaten – trotz formaler Gleichberechtigung – im Hinblick auf die reale Gleichbehandlung erhebliche Defizite. Die Texte des Politikwissenschaftlers Hans Vorländer und des Soziologen Loïc Wacquant ermöglichen den Lernenden daraufhin eine Bestandsaufnahme der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation von Afroamerikanern in den Vereinigten Staaten (**B 3** und **B 4**). Die Schülerinnen und Schüler können vor diesem Hintergrund Schlussfolgerungen darüber ziehen, wie es im Hinblick auf die Schwarzen in den USA um den *American Dream* bestellt ist.

Ein besonderes Phänomen der amerikanischen Gesellschaft und ihres Justizwesens stellt die Todesstrafe dar, die in sämtlichen anderen westlichen Industriestaaten inzwischen

abgeschafft ist. In den USA wird sie derzeit noch in 34 Bundesstaaten praktiziert. Die Schülerinnen und Schüler können auf textlicher Grundlage eine vertiefende Betrachtung hinsichtlich der rechtlichen und sozialen Hintergründe des Prozesses gegen den Afroamerikaner Troy Davis exemplarisch durchführen (**B 5**). Vor diesem Hintergrund lässt sich auch eine Pro- und Contra-Diskussion um die Todesstrafe im Klassenplenum führen.

Schon Bill Clinton erkannte für seinen Präsidentschaftswahlkampf selbstkritisch »It's the economy, stupid«, was die Bedeutung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für das Leben und die Einstellung der Menschen treffend zum Ausdruck bringt. Im Hinblick auf die Einschätzung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation in den Vereinigten Staaten können sich die Schülerinnen und Schüler mit dem Text von Giuseppe Di Grazia sowie mit der Aussage der Karikatur mit dem Titel des Wahlkampfeslogos Barack Obamas von 2008 »Yes we can« auseinandersetzen (**B 6** und **B 7**).

Die Fotos in der **Collage B 2** zeigen von links oben nach rechts unten:

- den Schauspieler **Will Smith** (afroamerikanische Abstammung)
- die Sängerin **Lady Gaga** (italienische Abstammung)
- die Schauspielerin **Sandra Bullock** (deutsche Abstammung)
- die Sängerin und Schauspielerin **Jennifer Lopez** (puerto-ricanische Abstammung)
- der Gangsta-Rapper **50 Cent** (afroamerikanische Abstammung)
- die Schauspielerin **Lucy Liu** (chinesische Abstammung).

In diesem Zusammenhang können sich die Schülerinnen und Schüler sodann mit dem amerikanischen Finanzsektor sowie dessen Kritikern in Gestalt der Occupy-Wallstreet-Bewegung beschäftigen, indem sie auch eigenständige Recherchen zur Entwicklung der Occupy-Protestbewegung, deren politische Ausrichtung sowie zur internationalen Vernetzung der Bewegung anstellen (**B 8**). Die Ergebnisse dieser Auseinandersetzung können durch eine Präsentation dem Klassenplenum vorgestellt werden.

In der nunmehr zurückliegenden Amtsperiode setzte Präsident Barack Obama einen besonderen Akzent auf die Reform der Krankenversicherung (**B 9**). Die Lernenden können hier die diesbezüglichen Veränderungen für die Bürgerinnen und Bürger in den Vereinigten Staaten beschreiben und die vorgesehene Entwicklung der Reform der Krankenversicherung skizzieren. Darüber hinaus ist eine Diskussion im Klassen-



plenium über die amerikanische Krankenversicherungsreform unter Einbeziehung der Erfahrungen der Schülerinnen und Schüler mit dem deutschen Krankenversicherungssystem möglich.

Von besonderer Bedeutung für ein tieferes Verständnis der amerikanischen Kultur ist die Rolle der Religion. Die Lernenden sollen die Relevanz der Religion für Politik und Gesellschaft in den Vereinigten Staaten durch ihre Auseinandersetzung mit dem Text des Politikwissenschaftlers Hans Vorländer sowie der Übersicht des PEW Research Center erarbeiten (**B 10**). Für ein vertiefendes Verständnis dieser Thematik können sie darüber hinaus die Auswirkungen der in den USA praktizierten Religiosität auf das Verhältnis der Menschen zur Politik reflektieren und dazu Stellung beziehen.

In den Vereinigten Staaten ist das Thema Abtreibung in Politik und Gesellschaft nach wie vor heftig umstritten. Die Schülerinnen und Schüler können sich anhand des Fotos und des Textes in **B 11** ein Bild hiervon machen und die Bedeutung dieser Thematik für den amerikanischen Wahlkampf analysieren. Darüber hinaus ist hier eine eigene Positionsbestimmung zum Thema Abtreibung möglich.

Mit der Präsidentschaft Barack Obamas waren besondere Hoffnungen für den Bereich der Umweltpolitik und des Klimaschutzes verknüpft gewesen, die er bereits im Wahlkampf um die Präsidentschaft geweckt hatte. Die Lernenden sollen auf der Grundlage des vorliegenden Textes einen exemplarischen Einblick in die Umwelt- und Klimapolitik von Barack Obama gewinnen sowie das umweltpolitische Agieren des Präsidenten diskutieren (**B 12**).

●●● Baustein C

DIE LETZTE WELTMACHT

Die Vereinigten Staaten sind im Weltmaßstab die einzige militärische Weltmacht. Seit dem Ende des Kalten Krieges respektive des Ost-West-Konfliktes prägte kein Ereignis die Außen- und Sicherheitspolitik der USA in dem Maße wie die terroristischen Anschläge islamistischer Fundamentalisten am 11. September 2001. Die Schülerinnen und Schüler sollen sich der politischen Relevanz dieses Ereignisses bewusst werden und sich sodann mit dessen politischen und militärischen Folgen beschäftigen, was die Thematisierung des Krieges in Afghanistan sowie des Gefangenens in Guantánamo mit einschließt. Für die nähere Zukunft wird der politische Konflikt mit dem Iran im Hinblick auf dessen Atompolitik sowie die Entwicklung der Beziehungen zur Volksrepublik China im Kontext des sogenannten »pazifischen Jahrhunderts« von besonderer Bedeutung sein.

UNTERRICHTSPRAKTISCHE HINWEISE

Im Hinblick auf die Terroranschläge am 11. September 2001 können sich die Schülerinnen und Schüler zur Einführung in die Thematik zunächst mit den Texten von Christof Mauch und Martin Kahl sowie den Fotografien zu »9/11« auseinandersetzen und ihre Ergebnisse dokumentieren, wobei sie auch selbstständig eigene Recherchen vornehmen sollen (**C 1** und **C 2**). Im Weiteren können sie die politisch-militärische Antwort der USA auf die Anschläge vom 11. September im Klassenplenum diskutieren.

Der inzwischen mehr als zehn Jahre währende Krieg in Afghanistan als Folge der Anschläge vom 11. September 2001



Es wird das höchste Gebäude New Yorks und eines der höchsten der Welt sein: Am »Ground Zero«, wo bis 2011 das World Trade Center stand, wird bis voraussichtlich 2013 am One World Trade Center (abgekürzt »1 WTC«) gebaut.

stellt die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten vor schier unlösbare Herausforderungen. Die Schülerinnen und Schüler sollen auf der Grundlage des Artikels **C3** eine Bilanz des Kampfes der westlichen Truppen in Afghanistan gegen die Taliban aus heutiger Sicht anfertigen und begründete Szenarien entwerfen, wie sich Afghanistan nach dem Abzug der westlichen Truppen entwickeln könnte.

Desgleichen stellt auch die Einrichtung des Internierungslagers für Terrorverdächtige auf dem Gelände des US-Marinestützpunkts Guantánamo auf Kuba eine Folge der Terroranschläge vom 11. September dar. Die Lernenden sollen sich mit den Umständen dieser Einrichtung auch durch ihre selbstständige Recherche bei Menschenrechtsorganisationen auseinandersetzen, die Aussage der Karikatur diskutieren und eine eigene Position im Hinblick auf das Internierungslager entwickeln (**C4**).

Im Weiteren steht die Vision einer atomwaffenfreien Welt vor dem Hintergrund der Verleihung des Friedensnobelpreises an Barack Obama zur Debatte (**C5**). Die Schülerinnen und Schüler können dabei zunächst die Gründe skizzieren, weshalb Barack Obama im Jahre 2009 der Friedensnobelpreis zuerkannt wurde. Darüber hinaus sollen sie eine selbstständige Recherche zur Bilanz der Vision einer atomwaffenfreien Welt vornehmen und können schließlich auf der Grundlage der Karikatur die bisherige Entwicklung hin zu einer atomwaffenfreien Welt diskutieren.

Das Atomprogramm des Iran bildet einen weiteren internationalen Konflikt der Gegenwart, der die Vereinigten Staaten auch in naher Zukunft bei ihrem weltpolitischen Engagement beschäftigen wird. Die Thematik vertiefend können sich die Lernenden mit dem Zusammenhang von Obamas Perspektive einer atomwaffenfreien Welt und dem iranischen Nuklearprogramm auseinandersetzen (**C6–C8**). Dabei beschäftigen sich die Schülerinnen und Schüler auch

mit den geopolitischen Folgen im Nahen Osten, die eine atomare Bewaffnung des Irans mit sich bringen würde.

Die Vereinigten Staaten nehmen bereits seit geraumer Zeit die wirtschaftliche Erfolgsgeschichte der Volksrepublik China sehr aufmerksam wahr und erkennen in dieser auch einen potentiellen Konkurrenten im Weltmaßstab. Die Schülerinnen und Schüler können in dem einleitenden Quellentext der amerikanischen Außenministerin Hillary Clinton die Gründe für die strategische Hinwendung der USA zum pazifischen Raum nachvollziehen (**C9**). Durch die Auseinandersetzung mit dem Text von Matthias Nass sollen sie ein vertiefendes Verständnis der gegenwärtigen Neuausrichtung der amerikanischen Sicherheitspolitik zum Pazifik sowie deren militärpolitische Relevanz für Europa erkennen (**C10**). Schließlich können sich die Lernenden auf der Grundlage einer Diskussion im Klassenplenum zu den Konsequenzen für Europa, welche die Orientierung der USA »weg vom Atlantik, hin zum Pazifik« zeitigen würden, ein eigenständiges Urteil zu dieser Thematik bilden.



Das Gefangenenlager Guantánamo polarisiert weltweit. Hier demonstrieren im Januar 2012 US-Amerikaner vor dem Weißen Haus in Washington, D. C. gegen den weiteren Bestand des Lagers.

LITERATURHINWEISE

- Bierling, Stephan: Geschichte der amerikanischen Außenpolitik. Von 1917 bis zur Gegenwart, 2. Aufl., München 2007.
- Dippel, Horst: Geschichte der USA, 9. Aufl., München 2010.
- Falke, Andreas: Die große Ernüchterung: Zur amerikanischen Weltmachtrolle, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 51-52/2011, S. 18-24.
- Greiner, Bernd: 11. September. Der Tag, die Angst, die Folgen, München 2011.
- Hartwig, Marcel: Der 11. September im nationalen Bewusstsein der USA, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 27/2011, S. 31-37.
- Hübner, Emil: Das politische System der USA. Eine Einführung, 5. Aufl., München 2003.
- Keller, Patrick: Neokonservatismus und amerikanische Außenpolitik: Ideen, Krieg und Strategie von Ronald Reagan bis George W. Bush, Paderborn 2008.
- Kinzer, Stephen: Putsch! Zur Geschichte des amerikanischen Imperialismus, Frankfurt/M. 2007.
- Kissinger, Henry: Die Herausforderung Amerikas. Weltpolitik im 21. Jahrhundert, München/Berlin 2002.
- Kissinger, Henry/Zakaria, Fareed/Ferguson, Niall/Li, David Daokui: Wird China das 21. Jahrhundert beherrschen? Eine Debatte, München 2012.
- Kleber, Klaus: Amerikas Kreuzzüge. Was die Weltmacht treibt, 5. Aufl., München 2006.
- Klüver, Reymer: Changed? Obama 2012, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 51-52/2011, S. 3-7.
- Lösche, Peter: Macht und Ohnmacht der Exekutive, in: Informationen zur politischen Bildung: Politisches System der USA, Heft 238, Bonn 2008, S. 13-28.
- Lösche, Peter: Merkmale der Präsidialdemokratie, in: Informationen zur politischen Bildung: Politisches System der USA, Heft 238, Bonn 2008, S. 7-12.
- Lösche, Peter/von Loeffelholz, Hans Dietrich/Ostermann, Anja (Hrsg.): Länderbericht USA: Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Campus Verlag, Frankfurt/M. 2008.
- Martel, Frédéric: Mainstream. Wie funktioniert, was allen gefällt, München 2011.
- Mauch, Christof: Amerikanische Geschichte: Die 101 wichtigsten Fragen, München 2008.
- Meissner, Jochen/Mücke, Ulrich/Weber, Klaus: Schwarzes Amerika. Eine Geschichte der Sklaverei, München 2008.
- Mewes, Horst: Einführung in das politische System der USA, 2. Aufl., Heidelberg 1990.
- Prätorius, Rainer: In God We Trust. Religion und Politik in den U.S.A., München 2003.
- Puglierin, Jana/Schwarz, Christoph: Das Ende der amerikanischen Supermacht nach »9/11«?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 27/2011, S. 25-31.
- Sautter, Udo: Lexikon der amerikanischen Geschichte, München 1997.
- Schissler, Jakob: Die politische Kultur der USA, Schwalbach/Ts. 2010.
- Thranert, Oliver: Die »globale Null« für Atomwaffen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 50/2010, S. 3-8.
- Vierecke, Andreas/Mayerhofer, Bernd/Kohout, Andreas: dtv-Atlas Politik, München 2009.

E-Learning-Kurs Europ@-Online

Kursangebote für Schulklassen der Sekundarstufen I und II

Mit dem E-Learning-Kursangebot Europ@-Online bietet die Landeszentrale für politische Bildung in Kooperation mit dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport und dem Europa-Zentrum Baden-Württemberg Schulklassen der weiterführenden Schulen einen interessanten und vielseitigen Einstieg in die Arbeit und Politik der Europäischen Union:

- einen Kurs- und Lernraum für die Schulklasse in der Lernumgebung Moodle
- multimedial aufbereitete Themenbausteine
- Vorschläge zur didaktischen Umsetzung
- Besuch von Jungen Europäern/Juniorteam Europa
- Chats mit Europaabgeordneten und EU-Experten
- Europatag 14. Mai – Europa spielend (Planspiele)

www.elearning-politik.de/europa_online_unterricht.html

lpb
BW

Die Vereinigten Staaten von Amerika

Politik und Gesellschaft

Texte und Materialien für Schülerinnen und Schüler

2–2012

Baustein A Das politische System der USA und die Präsidentschaftswahlen

A 1 – A 2	Quiz und Fotocollage zu den USA	18
A 3 – A 5	Das Verfassungssystem der USA	20
A 6 – A 7	Die Präsidentschaftskandidaten	22
A 8 – A 11	Wahlsystem und Parteienlandschaft	24
A 12 – A 13	Wahlkampffinanzierung in den USA	27

Baustein B Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur

B 1 – B 2	Die USA der Gegenwart – ein erster Überblick	28
B 3 – B 4	Die USA – ein gespaltenes Land?	30
B 5	Die Todesstrafe	31
B 6 – B 7	Wirtschaft und Mittelstand	32
B 8	Die Occupy-Wallstreet-Bewegung	33
B 9	Krankenversicherung in den USA	34
B 10	Religion und Politik in den USA	35
B 11	Ein heftig umstrittenes Thema in den USA: Abtreibung	36
B 12	Umweltpolitik und Klimaschutz	37

Baustein C Die letzte Weltmacht

C 1 – C 2	»9/11« hat die USA und die Welt verändert	38
C 3	Afghanistan	40
C 4	Guantánamo	41
C 5	Der Friedensnobelpreis für Barack Obama	42
C 6 – C 8	Das Atomprogramm des Iran als internationaler Konfliktherd	43
C 9 – C 10	»Weg vom Atlantik, hin zum Pazifik«: Die neue strategische Ausrichtung der USA	46

Hinweis: Die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg übernimmt keine Verantwortung für die Inhalte von Websites, auf die in diesem Heft verwiesen oder verlinkt wird.

A • Das politische System der USA und die Präsidentschaftswahlen

Materialien A 1–A 13

A 1 Quiz: Amerika und die Bundesrepublik Deutschland im Vergleich

Beantwortet die Fragen und tragt die Lösungsbuchstaben in die unten stehenden Felder ein.

1. Wie viel größer ist die Gesamtfläche der USA im Vergleich zur Gesamtfläche Deutschlands?	☐ W 18 Mal ☐ O 40 Mal ☐ D 27 Mal
2. Im Durchschnitt nimmt jeder Einwohner Deutschlands täglich 3.620 kcal Nahrung zu sich. Wie viel kcal nehmen Amerikaner im Vergleich auf?	☐ T 180 kcal mehr ☐ Q 180 kcal weniger ☐ S 300 kcal mehr
3. In Deutschland leben pro km ² 230 Einwohner. Wie viele Einwohner leben in den USA pro km ² ?	☐ I 270 ☐ A 30 ☐ E 190
4. Pro 1.000 Einwohner sitzt in Deutschland eine Person im Gefängnis. Wie viele Gefängnisinsassen kommen in den USA auf 1.000 Einwohner?	☐ P 7 ☐ R 10 ☐ G 5
5. Die Staatsverschuldung der Bundesrepublik liegt bei 1.543 Milliarden US-Dollar. Die Staatsverschuldung der USA ist ...	☐ H ungefähr doppelt so hoch ☐ F ungefähr vier Mal so hoch ☐ N ungefähr sechs Mal so hoch
6. Wie viele Fernsehgeräte gibt es in den USA pro 1.000 Einwohner?	☐ T 743 ☐ S 950 ☐ C 478
7. In Deutschland liegt der Elektrizitätsverbrauch je Einwohner bei 6.200 kWh pro Jahr. In den USA beträgt er ...	☐ J 5.812 ☐ V 18.240 ☐ E 13.644
8. Die Bundeswehr besitzt 2.560 Kampfpanzer und weist eine Truppenstärke von 265.000 Soldaten auf. Die USA haben ...	☐ R 1.429.000 Soldaten u. 7.620 Kampfpanzer ☐ U 573.000 Soldaten u. 4.590 Kampfpanzer ☐ L 678.000 Soldaten u. 4.370 Kampfpanzer
9. In Deutschland kommen auf 1.000 Einwohner 3,73 Ärzte. In den USA sind es ...	☐ D 2,01 ☐ I 5,60 ☐ K 4,39

Quelle: <http://www.welt-in-zahlen.de/laendervergleich.phtml> (Datenbasis 2007), Lösungen auf Seite 12.

☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
4	8	3	6	9	1	7	5	2

A 2 | Fotocollage: Politik in den USA



Das _____ in Washington ist Amtssitz des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika.



Das Nationalmonument Mount Rushmore zeigt vier berühmte _____ der USA.



Der Senat und das Repräsentantenhaus bilden zusammen den _____. Er ist die Legislative der USA.



Die _____ war ein Geschenk des französischen Volkes an die Vereinigten Staaten.



Der amtierende US-Präsident und Kandidat der Demokraten heißt _____.



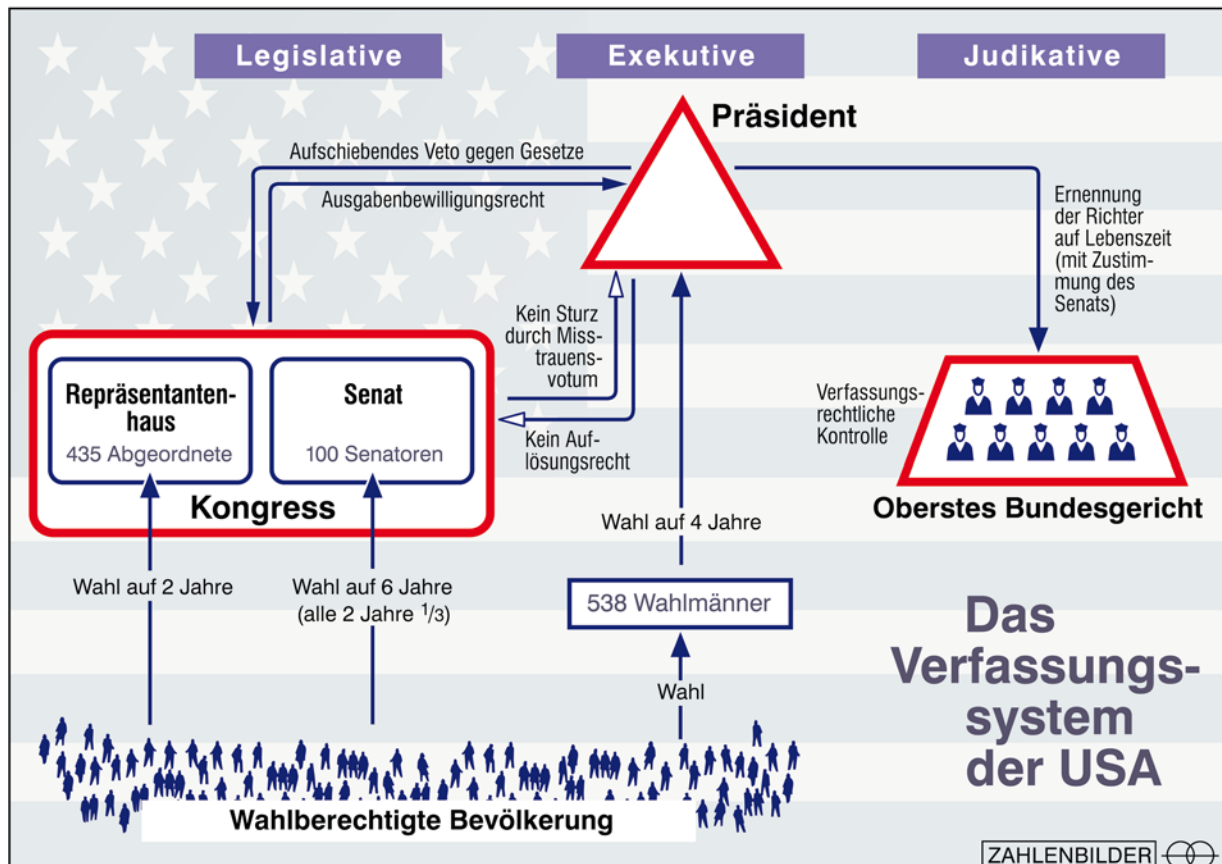
Der Kandidat der Partei der Republikaner für das Amt des US-Präsidenten heißt _____.

Arbeitsaufträge A 2

► Findet die fehlenden Begriffe zu den Bildern. Gebt jedem der Bilder eine Überschrift.

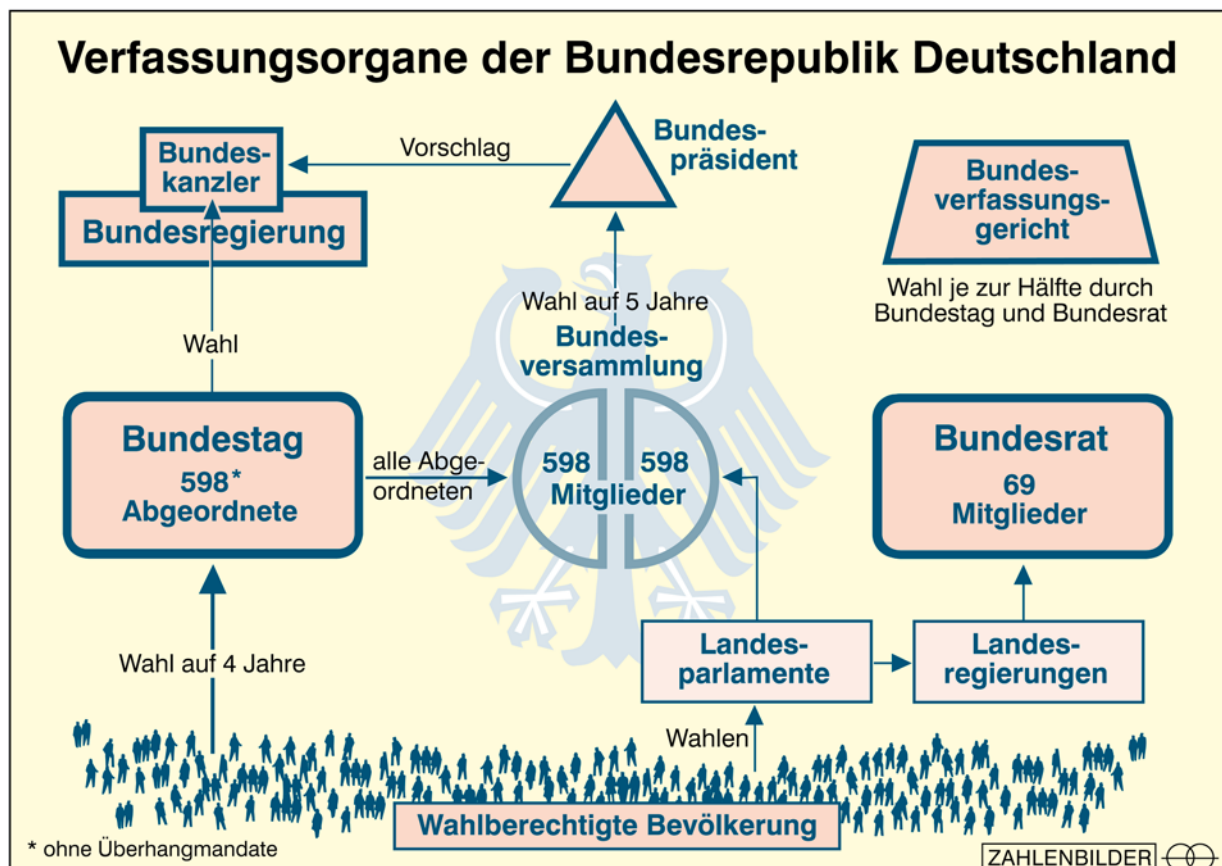
► Recherchiert zu jedem der Bilder im Internet und verfasst eine kurze Erklärung dazu.

A 3 Die Verfassungen der USA und der Bundesrepublik Deutschland



© Bergmoser + Höller Verlag AG

854 511



© Bergmoser + Höller Verlag AG

62 110

A 4 Checks and Balances in den USA

CHECKS AND BALANCES

Definition

Checks and Balances bezeichnet die gegenseitige Kontrolle (**checks**) von Verfassungsorganen eines Staates. Dadurch soll ein dem Ganzen förderliches Gleichgewicht (**balance**) geschaffen werden.

In der Verfassung der USA wurde dieses Prinzip erstmals festgeschrieben. Die verschiedenen Machtzentren im politischen System der USA – Kongress (= Repräsentantenhaus

und Senat), Präsident und Supreme Court – sollen sich gegenseitig kontrollieren und damit verhindern, dass eine der Institutionen mehr Macht gewinnt, als ihr durch die Verfassung zugesichert wird, denn damit würde das Machtgleichgewicht gestört.

A 5 Der Präsident im Verfassungssystem der USA



Im Verfassungssystem der USA liegt die höchste vollziehende Gewalt beim Präsidenten. Die Verfassung räumt ihm eine weitgehend unabhängige Stellung ein.

Arbeitsaufträge A3–A5

- Legt dar, welche Institutionen in den Vereinigten Staaten die gesetzgebende, die vollziehende und die rechtsprechende Gewalt ausüben. Erläutert den Begriff des präsidentiellen Regierungssystems, mit dem das Verfassungssystem der USA bezeichnet wird.
- Vergleicht die Wahlen zum Präsidenten in den Vereinigten Staaten und zum Bundeskanzler in Deutschland und

führt die Unterschiede an. Welche Konsequenzen haben die unterschiedlichen Stellungen von Präsident und Bundeskanzler im jeweiligen Verfassungssystem für deren politische Handlungsmöglichkeiten?

- Beschreibt das System der Checks and Balances und legt die damit verbundene Absicht der Verfassungsväter dar.

A 6 | Barack Obama (Demokrat)



Barack Obama, geboren 1961 in Honolulu, ist seit Januar 2009 der 44. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika. Der Jurist tritt 2012 erneut für die Partei der Demokraten an.

Vor vier Jahren traute man Obama noch alles zu. Er werde Amerika verändern, ein Land schaffen, das alles zugleich sein sollte, weltoffen, friedfertig und trotzdem sicher und stark, ein Amerika als Wunschkonzert. Und bevor Obama irgendetwas davon erreicht hatte, belohnte ihn die Welt mit dem Friedensnobelpreis. Es waren irre Erwartungen, die manchmal mehr über die Phantasie seiner Fans aussagten als über das, was er sich ernsthaft vornehmen konnte. Seine Entourage (...) behandelte ihn wie einen »emperor god«, einen gottgleichen Kaiser.

Diesmal wird die Messlatte zu seinen Ungunsten gesetzt. Im Jahr seiner möglichen Wiederwahl richtet sich der Blick auf das, was unerfüllt blieb, und der einst Überschätzte läuft nun Gefahr, unterschätzt zu werden. Dabei hat er nichts anderes gemacht als andere Präsidenten vor ihm auch, von Ronald Reagan bis Bill Clinton und George W. Bush. Er hat nicht alle Erwartungen, die seine treuesten Fans in ihn gesteckt hatten, erfüllt. (...) Bei jedem Auftritt zählt Obama deshalb seine Erfolge auf: Den Krieg im Irak habe er beendet, in Afghanistan werde in zweieinhalb Jahren kein US-Soldat mehr kämpfen, eine zweite Depression habe er verhindert, die amerikanische Autoindustrie feiere ein überraschendes Comeback. Und das Wichtigste: Osama Bin Laden sei für Amerika keine Bedrohung mehr. Das, so hoffen seine Wahlkampfstrategen, müsse doch zur Wiederwahl reichen.

Es gibt noch immer große Begeisterung für Obama. Das zeigen die tanzenden Fans in Columbus, die minutenlange La-Ola-Welle in Richmond, Virginia, am selben Tag, die Bereitschaft seiner Parteifreunde, für ein Abendessen mit ihm und dem Schauspieler George Clooney 40.000 Dollar pro Kopf zu zahlen. Noch immer führt Obama mit großem Abstand den Wettlauf um Wahlkampfspenden gegen Mitt Romney an. Und doch fehlt der Überschwang, der seinen ersten Präsidentschaftswahlkampf trug. Sicher, Obama musste in den vergangenen zwei Jahren gegen eine Mehrheit der Republikaner im Abgeordnetenhaus regieren. Das hat ihn Kompromisse eingehen lassen, die seine Anhänger enttäuscht haben. Nun tritt er die Flucht nach vorne an.

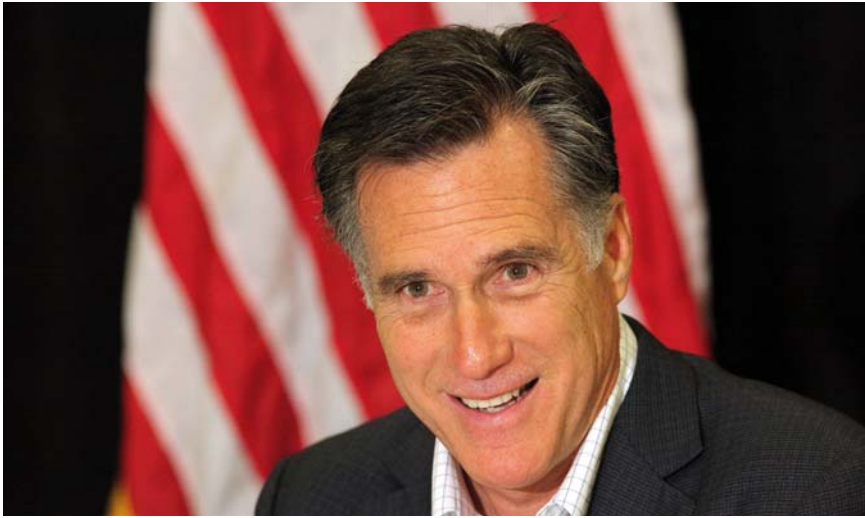
»Seid ihr zufrieden?«, ruft er immer wieder, in Columbus, in Richmond, in Seattle, überall, wo er im Wahlkampf auftritt. Die Antwort »No« kennt und fürchtet er. Und so ruft er, bevor die Menge richtig laut werden kann, bevor sich in einer ehrlichen Antwort neue Wut aufbauen könnte: »Natürlich nicht. Natürlich könnt ihr nicht zufrieden sein.« »Forward« steht auf Obamas Plakaten, »vorwärts«, das ist sein neuer Wahlkampflogan. Er wiederholt dieses Wort ein halbes Dutzend Mal in seinen Reden. Aber »vorwärts« wohin? (...) Ist »vorwärts« die Tatsache, dass er die Schwulenehe unterstützt, wie er vorige Woche erklärte? Das mag ein politisches Risiko sein und der Versuch, seine liberale Stammwählerschaft wieder zu sammeln, aber ein wirklicher Aufbruch, ein Vergleich zum Traum von 2008 ist das nicht.

»Amerika darf die Uhren nicht zurückstellen«, betont Obama ständig in seinen Reden. Und vielleicht ist es das, was er mit »vorwärts« meint, etwas, das normale Politiker als »weiter so« bezeichnen würden. Es klingt unendlich bescheidener als seine Visionen von 2008, aber es könnte seine Chance sein, doch noch wie ein normaler Politiker behandelt zu werden – mit den gleichen Maßstäben wie etwa Mitt Romney.

DER SPIEGEL Nr. 20 vom 14. Mai 2012 (Marc Hujer)

A 7 | Mitt Romney (Republikaner)

picture alliance/landov



Mitt Romney, geboren 1947 in Detroit, Michigan, ist Multimillionär und ehemaliger Gouverneur des US-Bundesstaates Massachusetts. Er ist der Kandidat der Republikanischen Partei für das Amt des US-Präsidenten.

Die rechtskonservativen Stammwähler der Republikaner hielten lange Ausschau nach einer Alternative zum gemäßigten Romney – und wurden zunächst bei Gingrich, dann bei Santorum fündig. Umfragen zeigen aber, dass sich inzwischen auch evangelikale Christen und Anhänger der Tea-Party-Graswurzelbewegung um Romney geschart haben. Bei Vorwahlen müssen die Kandidaten beider Parteien mit ihrem extremen Flügel schlagen. Die Präsidentschaftswahlen selbst aber werden in der Mitte entschieden, wo die unabhängigen Wechselwähler den Ausschlag geben. Dort ist Romney zu Hause; und er wird für Obama zumal in den umkämpften »Schlachtfeldstaaten« mit wechselnden Mehrheiten ein gefährlicher Gegner sein.

Willard Mitt Romney wurde am 12. März 1947 in Detroit (Michigan) geboren, wo sein Vater zunächst in der Automobilindustrie, später als Gouverneur reüssierte. Romney studierte in Harvard die Rechte und Ökonomie. Er war als Unternehmer einer Investitionsgesellschaft, als Manager der Winterspiele von Salt Lake City 2002 und auch als Gouverneur von Massachusetts von Anfang 2003 bis Januar 2007 erfolgreich. In dem linksliberalen neuenglischen Bundesstaat unterzeichnete Romney 2006 eine Gesundheitsreform, die manche Ähnlichkeit mit Obamas nationaler Gesundheitsreform vom März 2010 aufweist. Er lehnt jedoch »Obamacare« ab, weil er in der Gesundheitspolitik die 50 Bundesstaaten, nicht Washington entscheiden lassen will.

Romney entstammt einer bekannten Mormonenfamilie, doch das bei Evangelikalen verbreitete Misstrauen gegen die Glaubensgemeinschaft hat diesmal kaum eine Rolle gespielt. Im Streit um Abtreibung und Homosexuellenehe sowie in der Umweltpolitik ist er auf die konservative Seite gerückt. In der Wirtschaftspolitik fordert er niedrigere Steuern und weniger Regulierung statt staatlicher Konjunkturprogramme. In der Außen- und Sicherheitspolitik sind der Einfluss der Neokonservativen und deren Forderung nach einer starken und aktiven amerikanischen Weltmachtspolitik zu erkennen. Romney ist seit 1969 mit seiner Frau Ann verheiratet, mit ihr hat er fünf Söhne und ein Dutzend Enkelkinder.

*Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. April 2012
(Matthias Rüb)*

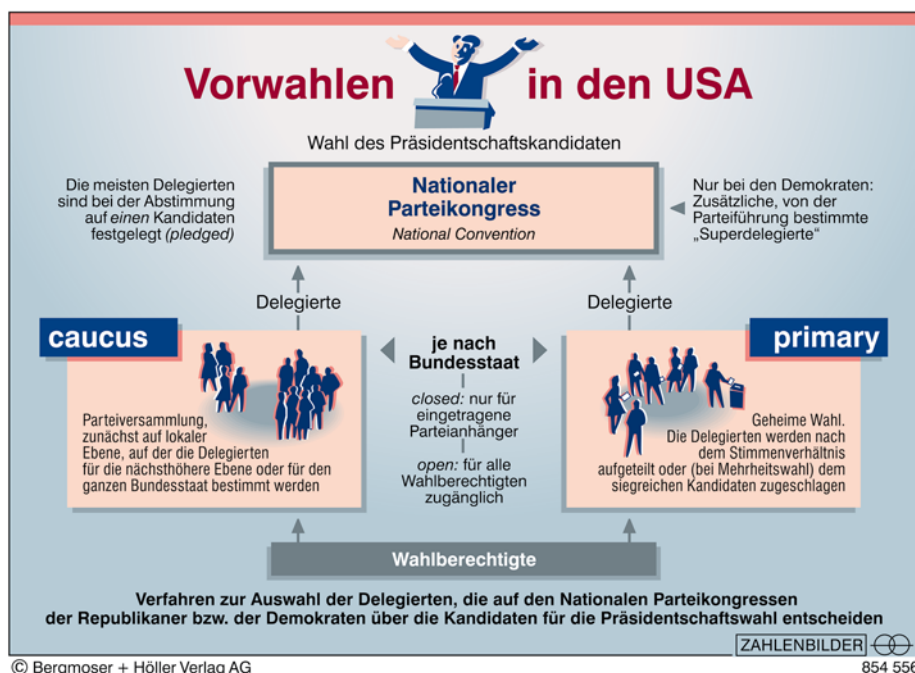
Arbeitsaufträge A 6 – A 7

- ▶ Verfasst zu den beiden Kandidaten um das Amt der Präsidentschaft in den Vereinigten Staaten, Barack Obama (A 6) und Mitt Romney (A 7), jeweils einen Steckbrief zur Person.
- ▶ Erarbeitet die politischen Positionen der beiden Präsidentschaftskandidaten. Achtet dabei insbesondere auf die Themen Abtreibung, Einwanderung, Afghanistan, gleich-

geschlechtliche Ehe, Krankenversicherung, Wirtschaft und Steuern. Ihr könnt hierzu auch die Informationen der Bundeszentrale für politische Bildung nutzen: www.bpb.de/internationales/amerika/usa/125412/amerika-2012-der-vorwahlkampf-um-die-usa-praesidentschaft.

- ▶ Welcher der beiden Kandidaten ist euer persönlicher Favorit? Begründet eure Auffassung.

A 8 Wie werden die Kandidaten gekürt?



In Deutschland wählen die Parteien ihre Kanzlerkandidaten intern und ohne Einbeziehung der Bevölkerung aus. Im stärker personenbezogenen System der USA dagegen sind die Bürger über Vorwahlen an der Nominierung des Präsidentschaftskandidaten beteiligt. Dabei werden in den einzelnen Bundesstaaten Delegierte für einen nationalen Parteikongress (National Convention) gewählt, auf dem dann der Kandidat gekürt wird, mit dem die Partei im Präsidentschaftswahlkampf antritt. Das Verfahren der Delegiertenwahl variiert je nach Bundesstaat und nach den Regeln der jeweiligen Partei. Zwei allgemeine Formen lassen sich aber unterscheiden: Caucus und Primary.

Die Ursprünge des **Caucus** gehen ins 18. Jahrhundert zurück. Das Verfahren beginnt mit einer innerparteilichen Versammlung auf lokaler Ebene, bei der die Bürger öffentlich über die Delegierten abstimmen, die sie zur Parteiversammlung der nächsthöheren Verwaltungsebene entsenden. Aufsteigend bis zur Ebene des Bundesstaates werden in weiteren Versammlungen jene Delegierten ausgewählt, die schließlich am nationalen Parteitag teilnehmen.

Primaries wurden verstärkt in den 1970er Jahren eingeführt, um der Macht der Parteiapparate entgegenzuwirken und die Wahlbeteiligung zu erhöhen. 2012 finden sie in 38 der 50 US-Bundesstaaten und in Washington, D.C. statt. In einer Primary können die Bürger in geheimer Wahl für einen

Wunschkandidaten oder eine entsprechende Delegiertenliste stimmen. Wie beim Caucus gibt es auch bei den Primaries zwei Hauptvarianten: Entweder sind nur registrierte Parteianhänger zugelassen (*closed*) oder die Teilnahme ist unabhängig von der Parteizugehörigkeit möglich (*open*); in einer Mischform stehen die Parteiwahlen außer den eigenen Anhängern auch parteiungebundenen Bürgern offen.

In einigen Bundesstaaten sind die Delegierten darauf festgelegt (*pledged*), auf dem nationalen Parteitag für den Gewinner des Caucus oder der Primary zu stimmen; in anderen bleiben die Delegierten ganz oder teilweise ohne Festlegung (*unpledged*). Bei den Demokraten nehmen am Parteitag noch sogenannte Superdelegierte teil – ehemalige Parteigrößen und andere prominente Politiker, die vom Nationalen Parteikomitee ausgesucht werden. Sie stellen etwa 20 Prozent der Delegierten und sollen hauptsächlich die Nominierung politisch extremer Kandidaten verhindern.

Traditionell beginnt die Vorwahlsaison mit dem Caucus in Iowa (Januar) und der Primary in New Hampshire (Februar). Haben alle Staaten gewählt, finden im Spätsommer des Wahljahrs die nationalen Parteikongresse statt. Oft steht der Sieger aber schon vorher fest, weil sein Vorsprung bereits uneinholbar ist.

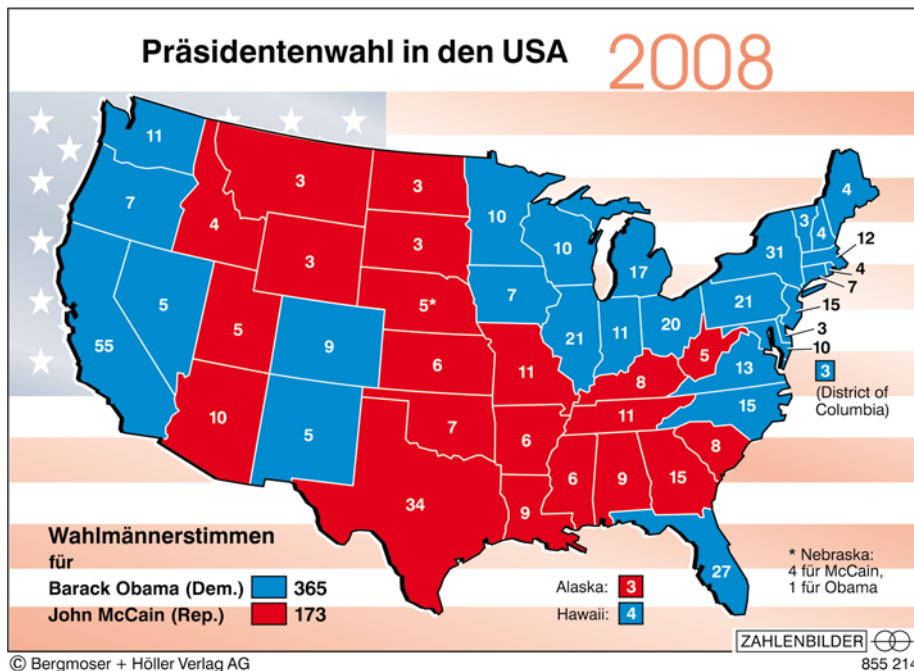
Text und Grafik: Zahlenbilder.de

Arbeitsaufträge A 8–A 10

► Beschreibt das Verfahren der Vorwahlen in den USA und vergleicht es mit demjenigen zur Wahl der Kanzlerkandidaten in der Bundesrepublik.

► Beschreibt das amerikanische Parteiensystem und setzt es mit dem in der Bundesrepublik in Beziehung. Worin bestehen Gemeinsamkeiten und worin Unterschiede?

A 9 | Wie wird der Präsident gewählt?



Gewählt wurde im Jahr 2008 wie stets am Dienstag nach dem ersten Montag im November, also am 4. November 2008. Für Obama stimmten rund 68 Mio. Bürgerinnen und Bürger (53 %), für McCain 59 Mio (46 %). Obama lag an der Westküste und im Nordosten der USA vorn; den Ausschlag gab aber der Sieg in umkämpften »swing states« wie Florida und Ohio. Während McCain die Mehrheit der weißen Wählerschaft (55 %) überzeugte, hatte Obama die Wähler afroamerikanischer, lateinamerikanischer und asiatischer Herkunft mit großer Mehrheit hinter sich. Für ihn votierten die Jungwähler, die Frauen und die Wähler in den großen Städten.

Die Stimmabgabe durch das Volk entscheidet in den USA allerdings nicht unmittelbar über den künftigen Präsidenten. Dessen Wahl erfolgt vielmehr indirekt, durch Wahlmänner, die ihre Stimme in aller Regel geschlossen für den Präsidentschaftskandidaten abgeben, der in ihrem Bundesstaat als Sieger aus der Volkswahl hervorgeht (»The Winner Takes it All«). Das Wahlmännerkollegium zählt insgesamt 538 Mitglieder. Nach dem Ergebnis der Volkswahl entfielen auf McCain 173, auf Obama 365 Wahlmännerstimmen.

Text und Grafik: Zahlenbilder.de

A 10 | Demokraten und Republikaner

Die Verfassung der USA regelt vieles mit Akribie, aber eines erwähnt sie dabei nicht: Parteien. Historisch spielen sie eine unbedeutende Rolle, sie haben keine Beitrag zahlenden Mitglieder und sie treten in der Zeit zwischen Wahlen kaum in Erscheinung. Die Tatsache, dass oft der Präsident der einen und die Mehrheit im Kongress der anderen Partei angehört, stört den politischen Ablauf auch nicht sonderlich, da die Abgeordneten und Senatoren in ihrem Abstimmungsverhalten oftmals keiner vorgegebenen Fraktionslinie folgen. (...)

Historisch haben die Republikaner ihre Wurzeln in der Zeit des Unabhängigkeitskrieges. Damals setzten sie sich gegen die Föderalisten für eine möglichst große Macht der einzelnen Bundesstaaten und eine mit möglichst wenig Macht ausgestattete Zentralregierung ein. Von ihnen spaltete sich in den 1820er Jahren zunächst unter dem Etikett »demokratisch-republikanisch« ein etwas linkerer Flügel ab, aus dem bald die Demokraten wurden. Andere Parteien gibt es wegen des Mehrheitswahlrechts praktisch nicht. (...) Lange ließen sich die beiden großen Parteien nicht in ein einfaches Rechts-

links-Schema einordnen – waren es doch die vermeintlich rechten Republikaner, die im Norden unter Abraham Lincoln die Führung gegen die abspaltungswilligen Sklavenhalter der Südstaaten übernahmen. Der Süden war dementsprechend bis Anfang der 1960er Jahre zwar konservativ, dabei aber streng demokratisch. Heute verlaufen die geografischen Trennlinien jedoch nicht mehr zwischen Norden und Süden. Vielmehr gelten der Nordosten und die Westküste als liberal, und bei den Präsidentschaftswahlen färbt sich die Landkarte dort stets einheitlich in demokratisches Blau ein. Das flache Land dazwischen, »Middle America« getauft, ist konservativ mit stark religiöser Prägung. Die Leute wählen rot, das heißt – für europäische Beobachter verwirrend – republikanisch.

Nicola Liebert: *Die Rolle der politischen Parteien. Demokraten vs. Republikaner*, in: Edition LE MONDE diplomatique Nr. 3: USA. Das vermessene Imperium, hrsg. von Nicola Liebert und Barbara Bauer, Berlin (taz Verlag) 2008, S. 26 f.

A 11 | Gegen Steuern, Staat und Obama: Die Tea-Party-Bewegung



Der Sozialstaat als Antibold: Enttäuschte Rechte sammeln sich in der Tea-Party-Bewegung.

Erfolgreich wie keine andere politische Kraft in den USA kämpft die rechte Tea-Party-Bewegung gegen die Reformpolitik des Präsidenten. Sie berufen sich auf die US-Revolution im Jahr 1776. Sie sind zerstritten und gespalten. Sie haben keine klare Führung. Dennoch ist die Tea-Party-Bewegung die einzige politische Kraft im Land, die Präsident Barack Obama und den Demokraten gefährlich werden könnte. Es ist eine Bewegung von unten. Und sie kommt von rechts.

Weniger als zehn Monate nach Gründung hat die Bewegung einige Erfolge: Sie ist in sämtlichen Bundesstaaten der USA präsent. Sie hat Großdemonstrationen in Washington organisiert. Sie hat zum absehbaren Scheitern der Gesundheitsreform beigetragen. Und sie hat bei Urnengängen in drei vermeintlich sicheren Hochburgen der Demokraten oppositionellen Republikanern zum Wahlsieg verholfen. (...) »Die demokratische Partei steht unter Schock«, triumphiert Jeffrey Allan McQueen, »bloß Obama tut so, als würde er nichts merken«. Der 50-jährige McQueen aus dem nördlichen Bundesstaat Michigan ist ein »Tea-Partier« der ersten Stunde. Der arbeitslose Marketingexperte war am 15. April bei der

Gründungs-Tea-Party in seiner Stadt Lansing dabei. Seither hat er eine Fahne entworfen, die zu einem Erkennungszeichen der Bewegung geworden ist. Neben 13 Sternen (für die 13 Kolonien, die sich einst gegen Großbritannien erhoben haben) hat sie eine römische Ziffer Zwei im Zentrum. Die steht für die »zweite amerikanische Revolution«, mit der McQueen jederzeit rechnet.

Die erste Revolution führte im Jahr 1776 zur Unabhängigkeit. Damals war die »Boston Tea Party« der Auslöser. Aus Wut über die hohen Steuern, mit denen die britische Krone ihre Kolonien belastete, warfen weiße Siedler aus Indien angelieferten Tee ins Meer. Von der »zweiten Revolution« erwartet McQueen, dass sie zu den »amerikanischen Werten der Gründerväter« zurückführt. Millionen von US-Amerikanern zeigen sich empfänglich für die politischen Slogans der Tea-Partier. Darunter Bauern, Arbeiter und Arbeitslose, aber auch leitende Angestellte wie McQueen (...). Die Tea-Partier glauben an die Selbstheilungskräfte der Wirtschaft. Jegliche wohlfahrtsstaatlichen Modelle sind ihnen suspekt.

Die meisten Anhänger der Bewegung sind weiß. Viele verteidigen das »Recht auf Leben« und stemmen sich gegen die Gleichstellung von Homosexuellen. Alle fühlen sich von »Washington« – der als »entfernt« und »selbstherrlich« empfundenen Regierung – im Stich gelassen. Ihr letzter politischer Held war Ronald Reagan. Der Hauptgegner der Tea-Partier, dem sie bei Demonstrationen auch schon einmal einen Hitlerbart auf ihren Transparenten ins Gesicht malen, ist Obama. Rassismus? McQueen weist den Vorwurf von sich. Für ihn ist Obama »nicht schwarz, sondern rot«. Er verdächtigt ihn, die USA »zu einem sozialistischen Land« machen zu wollen.

Dennoch sind die Tea-Partier keine einfachen Partner für die Republikaner. Die Tea-Party-Bewegung hat aufständischen Charakter. Sie hat keine eingeschriebenen Mitglieder mit Ausweisen und berechenbarem Verhalten, sondern eine Vielzahl von Fraktionen und Meinungen. Einige Köpfe kommen direkt aus der Republikanischen Partei. (...) An manchen Orten in den USA gibt es bereits offene Konkurrenz zwischen Bewegung und Republikanern. (...) Dennoch: »Ohne Führung sind wir stärker«, meint McQueen. Vorbilder für den »Kampf gegen die Tyrannei« sieht er bei den Arbeitern von Solidarnosc in Polen. Bei den Studenten vom Tiananmen-Platz in Peking. Bei den »Orangen« der Ukraine. Und bei den »Grünen« im Iran.

taz vom 13./14. Februar 2010 (Dorothea Hahn)

Arbeitsaufträge A 11

► Legt dar, woher die Namensgebung der Tea-Party-Bewegung rührt, und diskutiert, weshalb sich die Bewegung gerade diesen Namen gegeben hat.

► Erläutert die politischen Zielvorstellungen der Tea-Party-Bewegung.
 ► Nehmt Stellung zu den politischen Forderungen der Bewegung.

A 12 | Geld regiert die Politik

Der US-Präsidentschaftswahlkampf 2012 wird der teuerste und brutalste aller Zeiten werden. Allein Obama hofft auf eine Milliarde Dollar an direkten Wahlspenden, rund 250 Millionen mehr als vor vier Jahren. Die Republikaner dürften kaum weniger aufbringen. Wie rüde der Umgangston dabei sein wird, zeigen bereits die Vorwahlen der Konservativen, die zur beispiellosen Schlammschlacht verkommen sind, bei der Wahrheit und Fairness nichts mehr zählen. Die wirklich entscheidenden Summen aber fließen längst woanders, abseits der offiziellen, staatlich regulierten Kanäle. Sogenannte Super-PACs – PAC steht für Political Action Committee – stecken jetzt schon achtstellige Summen in Wahlwerbung. Auf dem Papier handelt es sich dabei um unabhängige, private Lobbygruppen, die theoretisch ein grenzenloses Budget haben. Ihre TV-Spots überschreiten meist die Grenzen des politischen Anstands – und sind damit viel effektiver als die offiziellen, zahmeren Auftritte der Kandidaten selbst. (...)

Super-PACs sind eine Ausgeburt des Obersten US-Gerichtshofs. Der hatte 2010 die Wahlkampffinanzierung neu geordnet. Zuvor hatten alle Spenden strikten Obergrenzen unterlegen. Seither aber dürfen sich Konzerne, Gewerkschaften und reiche Individuen über die Super-PACs unbegrenzt einmischen – unter der Voraussetzung, dass sich diese Gruppen nicht mit den Kandidaten direkt absprechen. Klartext: Sie dürften unbehelligt deren Schmutzarbeit erledigen. Dies öff-

nete die Schleusen für die heutige Schlammschlacht. Deren Hintermänner sind Milliardäre. (...)

Sobald der Vorwahlkampf zu Ende ist und nur noch einer der vier Republikaner-Bewerber steht, dürften deren Super-PACs ihre Schlagkraft bündeln – gegen Obama. Der hat die Existenz dieser Gruppen früher verurteilt: »US-Wahlen sollten nicht von Amerikas mächtigsten Interessengruppen finanziert werden«, sagte er noch vor zwei Jahren – Super-PACs seien eine »Gefahr für die Demokratie«. Doch angesichts der Gefahr, die ihm nun selbst aus dieser Richtung droht, hat er seine Meinung seither revidiert. (...) Nun gab er seinen spendabelsten Spendern grünes Licht, seinen eigenen Super-PAC namens »Priorities USA Action« zu unterstützen. Denn der muss kräftig aufholen. Bisher hat »Priorities USA Action« gerade mal 4,4 Millionen Dollar eingesammelt. Dagegen verfügte »Restore Our Future« schon zu Beginn der Vorwahlen über 30,2 Millionen Dollar; zuletzt sammelte der Romney-Super-PAC weitere 6,6 Millionen Dollar ein. Doch selbst das wären Peanuts im Vergleich zum Super-PAC »Anyone But Obama« (Jeder außer Obama), der sich Mitte Februar formierte: Der will eine Viertelmilliarde Dollar mobilisieren, um Obama aus dem Weißen Haus zu kegeln.

*SPIEGEL ONLINE vom 5. März 2012
(Sebastian Fischer und Marc Pitzke)*

A 13 | Spenden-Dinner für Obama



picture alliance/dpa

Hollywood-Mogul Jeffrey Katzenberg hatte eingeladen und 150 Gäste waren gekommen, um in einem Zelt auf George Clooneys Basketballplatz mit dem amerikanischen Präsidenten Barack Obama zugunsten seiner Wahlkampfkasse zu feiern. Bei der Spendengala auf dem Anwesen des Oscar-Preisträgers (...) amüsierten sich (...) Stars wie Barbara

Streisand, Billy Crystal, Salma Hayek und Robert Downey Jr., die wie auch die weniger prominenten Besucher 40.000 Dollar für eine Karte gezahlt hatten.

Da die Organisatoren des Fundraisers zudem für eine Mindestspende von drei Dollar einige Plätze (...) per Internet verlosen ließen, wurden insgesamt etwa 15 Millionen Dollar für Obamas Wiederwahl gesammelt. Neben prominenter Gesellschaft erwartete die Spender auch ein Menü des Oscar-Kochs Wolfgang Puck, der die Speisenfolge aber geheim halten musste. »Wir haben viel Geld eingenommen, weil jeder George Clooney verehrt. Sie mögen mich, aber sie lieben ihn«, sagte der Präsident in seiner Dankesrede. Bei der Party auf Clooneys Anwesen sollen nach ersten Rechnungen mehr Spenden gesammelt worden sein, als bei jeder anderen Benefizveranstaltung während einer Präsidentschaftswahl.

*Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. Mai 2012
(Christiane Heil)*

Arbeitsaufträge A 12–A 13

- Beschreibt die Wahlkampffinanzierung in den Vereinigten Staaten (A 12 und A 13).
- Nehmt Stellung zu der Aussage von Barack Obama (A 12),

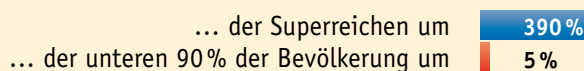
- die Super-PACs seien eine »Gefahr für die Demokratie«.
- Diskutiert und beurteilt die Praxis der Wahlkampffinanzierung in den USA.

B • Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur

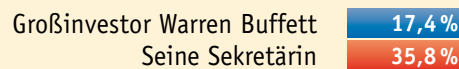
Materialien B 1–B 12

B 1 Zur Lage der Nation

DAS GELD DER SUPERREICHEN – Steigerung der Einkünfte zwischen 1979 und 2007 ...

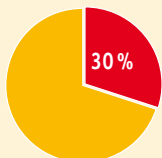


DIE GERECHTIGKEITSFRAGE – Steuersätze im Jahr 2011



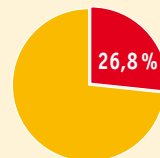
ABSTIEG DER MITTELKLASSE

(In den USA: Jahreseinkommen zwischen 40.000 und 100.000 US-Dollar)



30 % der Amerikaner, die in der Mittelklasse groß geworden sind, mussten in den vergangenen Jahren einen **sozialen Abstieg** hinnehmen.

ARBEITSLOSIGKEIT



Besonders hoch ist die Arbeitslosenquote zur Zeit bei der Altersgruppe **zwischen 20 und 24 Jahren**. Im Dezember 2011 lag sie bei 26,8 %.

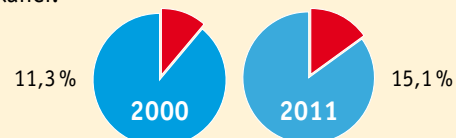
SCHULDENLAST



Eine durchschnittliche amerikanische Familie hat derzeit Schulden von etwa **110.000 Dollar**. Die Sparrate beträgt pro Jahr nur **400 Dollar**.

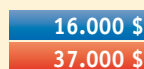
DIE NEUE ARMUT

11,3 % der US-Bürger lebten im Jahr 2000 in Armut. 2011 waren es 15,1 % oder mehr als 46 Millionen Amerikaner.



TEURE AUSBILDUNG

Die Durchschnittskosten für einen Studenten an einer öffentlichen Universität betragen jährlich **16.000 Dollar**, an einer privaten Hochschule **37.000 Dollar**.



Etwa zwei Drittel der Studenten sind nach ihrem Studium hoch verschuldet.

B 2 | Fotocollage



picture alliance/dpa



picture alliance/dpa



picture alliance/obs



picture alliance/landov



picture alliance/dpa



picture alliance/dpa

Auf Seite 13 stehen die Namen der oben Abgebildeten.

Arbeitsaufträge B 1 – B 2

- Erarbeitet in Gruppen zu jeder Aussage in **B 1** die entsprechenden Werte für Deutschland und vergleicht. Erstellt dazu kurze Präsentationen und begründet eure Ergebnisse.
- Wer sind die Personen auf den Fotos in **B 2**? Recherchiert ihre ethnische Zugehörigkeit. Welche großen ethnischen

Gruppen leben in Amerika? Stellt ihren Anteil an der Gesamtbevölkerung grafisch dar.

- Erarbeitet die Bedeutung und die Herkunft des Begriffes »Amerikanischer Traum«. Verfasst in eigenen Worten eine Definition. Inwiefern stehen die gezeigten Personen für erfolgreiche Beispiele des Amerikanischen Traumes?

B 3 Die USA – ein gespaltenes Land?

Das politische Vertrauen in den USA ist bei Schwarzen, schlecht Ausgebildeten und den unteren Einkommensgruppen deutlich geringer als bei Weißen, gut Ausgebildeten und gut Verdienenden. Umfragen (...) belegen zudem, dass die Alltagserfahrungen von Schwarzen und Weißen so diametral entgegengesetzt sind, dass der aus dem Jahre 1968 stammende Bericht der Kerner Kommission neu Gültigkeit bekommen könnte, nach dem es zwei Amerika gibt, »one black, one white – separate and unequal«. Zwischen 31 Prozent und 33 Prozent der Schwarzen glauben, dass sie

für gleiche Arbeit gleich bezahlt werden wie Weiße, was diese aber zu 72 bis 78 Prozent annehmen. Nur 17 Prozent der befragten Afroamerikaner sind der Überzeugung, dass Schwarz und Weiß vor dem Rechtssystem gleich behandelt werden (Weiße: 51 %).

Hans Vorländer: Politische Kultur. Die USA – ein gespaltenes Land?, in: Peter Lösche/Hans Dietrich von Loeffelholz/Anja Ostermann (Hrsg.): Länderbericht USA: Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Campus Verlag, Frankfurt/M. 2008, S. 231

B 4 Niedergang des Sozialstaats, Aufrüstung des Strafsstaats

Eine Tendenz in der Entwicklung rund um die amerikanischen Gefängnisse ist der kontinuierliche Anstieg des schwarzen Anteils der Insassen. Seit 1989 bilden die Afroamerikaner in den Haftanstalten die Mehrheit, obwohl sie nur 13 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen. Während im Jahr 2006 einer von 106 weißen volljährigen Männern im Gefängnis saß, war es bei den schwarzen einer von 15 (und bei den schwarzen Männern in der Altersgruppe zwischen 20 und 34 Jahren sogar einer von 9). Bei den erwachsenen männlichen Latinos lag die Quote bei eins zu 36.

Dieses »rassische Missverhältnis«, wie die Kriminologen diese Tatsache verschämt nennen, ist bei jungen Leuten, die als erste ins Visier der staatlichen Politik zur Kriminalisierung der Armut geraten, noch viel deutlicher ausgeprägt. (...)

Tatsächlich resultiert die tiefe Kluft zwischen Weißen und Schwarzen nur teilweise aus ihrer unterschiedlich ausgeprägten Neigung, Straftaten zu begehen. Sie verrät vielmehr den durch und durch diskriminierenden Charakter der polizeilichen und strafrechtlichen Praktiken. So machen die Schwarzen zwar 13 Prozent der Drogenkonsumenten aus (was in etwa ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung entspricht), aber sie stellen ein Drittel derjenigen, die wegen Verstoßes gegen das Betäubungsmittelgesetz verhaftet, und drei Viertel derjenigen, die dafür hinter Gitter gebracht werden.

Loïc Wacquant: Niedergang des Sozialstaats, Aufrüstung des Strafsstaats, in: Edition LE MONDE diplomatique Nr. 3: USA. Das verrückte Imperium, hrsg. von Nicola Liebert und Barbara Bauer, Berlin (taz Verlag) 2008, S. 62 f.



Gerhard Mester

Arbeitsaufträge B 3 – B 4

► Beschreibt die Unterschiede, die noch heute zwischen Weißen und Schwarzen in den Vereinigten Staaten bestehen.

► Erörtert, wie es im Hinblick auf die Schwarzen in den USA mit dem *American Dream* bestellt ist.

B 5 | Keine Gnade – trotz aller Zweifel



21. September 2011: Weltweit demonstrieren Menschen gegen die Hinrichtung von Troy Davis im US-amerikanischen Bundesstaat Georgia, wie hier Aktivisten der Menschenrechtsorganisation Amnesty International in Paris.

An diesem Mittwoch wird Troy Davis sterben, auf eine Bahre geschnallt, mit einer Giftinjektion in eine Armvene eingeschläfert wie ein Hund. Vier Mal innerhalb der vergangenen vier Jahre war seine Exekution bereits geplant und wurde immer wieder verschoben. (...) Am Montag war Georgias Gnadenausschuss zusammengetreten, um über Leben und Tod des 42-jährigen Mannes zu entscheiden, der mehr als die Hälfte seiner Jahre hinter Gitter verbracht hat und dessen Fall Schlagzeilen gemacht hat wie lange kein Todesstrafenverfahren mehr in den USA. Denn eines steht fest, ganz jenseits der Frage, ob Exekutionen Teil des Strafkodex eines zivilisierten Landes sein sollten: Es gibt erhebliche Zweifel an Davis' Schuld (...).

Davis' Fall hat die Diskussion über die Todesstrafe in den Vereinigten Staaten wieder entbrennen lassen. In den vergangenen Jahren hatte sie ein wenig an Intensität eingebüßt – man könnte sagen, fast in dem Maße, in dem die Zahl der Exekutionen in den USA ohnehin zurückgegangen ist. 3.250 verurteilte Mörder sitzen in Amerikas Todeszellen, seit Jahren aber werden immer weniger Menschen zu Tode gebracht. Im vergangenen Jahr waren es noch 46, in den neunziger Jahren wurden fast doppelt so viele hingerichtet. Fast zwei Drittel aller Amerikaner sind nach wie vor für die Todesstrafe. In den neunziger Jahren waren es 80 Prozent.

In Troy Davis' Fall kommt einiges zusammen, was die Diskussion zusätzlich anfacht: Außer den Bedenken gegen die Todesstrafe überhaupt bestehen erhebliche Zweifel, ob Georgias Gerichte dem Mann wirklich Gerechtigkeit haben widerfahren lassen. Und hinter allem taucht (...) auch die

Frage auf, ob die Hautfarbe von Täter und Opfer eine Rolle gespielt haben könnte. Davis ist schwarz, das Mordopfer, ein Polizist, ist weiß. Tatsächlich sind 35 Prozent aller Hingerichteten in den USA (...) schwarzer Hautfarbe. Afro-amerikaner haben einen Bevölkerungsanteil von rund 13 Prozent. Die Hautfarbe der Opfer spielt offenkundig auch eine Rolle bei der Entscheidung, ob ein Täter am Ende wirklich hingerichtet wird: 75 Prozent aller Mordopfer in den Fällen, in denen die Täter am Ende sterben mussten, waren Weiße. Generell ist nur die Hälfte aller Mordopfer in den USA weißer Hautfarbe.

»Ein Fall wie dieser«, so sagt der Vorsitzende der (...) Bürgerrechtsorganisation National Association for the Advancement of Colored People (NAACP), Benjamin Jealous, »legt die Vermutung nahe, dass unser Justizsystem Mängel hat.« Das alles zusammen hat eine Welle der öffentlichen Anteilnahme entfacht. Fast 700.000 Unterschriften waren in den vergangenen Tagen beim Gnadenausschuss von Georgia eingegangen, mit der Bitte um Gnade für Davis. (...) Ex-Präsident Jimmy Carter (der in Georgia lebt) und der Papst setzten sich für ihn ein. (...)

»Mir wurde eine Zukunft genommen«, sagte hingegen Madison MacPhail vor dem Gnadenausschuss, die Tochter des Mordopfers, die zum Zeitpunkt der Tat ein Kleinkind war, »eine Zukunft, die wir als Familie gehabt hätten. Ich glaube, die Todesstrafe ist die angemessene Form der Gerechtigkeit.«

Süddeutsche Zeitung vom 20. September 2011 (Reymer Klüver)

Arbeitsaufträge B 5

- ▶ Recherchiert vor dem Hintergrund des Textes von Reymer Klüver (B 5) die Biografie von Troy Davis.
- ▶ Legt die internationalen Reaktionen dar, die auf die

Hinrichtung von Troy Davis folgten.

- ▶ Führt eine Pro- und Contra-Diskussion zum Thema Todesstrafe durch.

B 6 Es war einmal in Amerika

Amerika, das war mal die Erfolgsgeschichte von Henry Ford und ist heute die von Mark Zuckerberg, wie das »Time«-Magazin schreibt. Amerikaner glaubten immer daran, dass jeder, wirklich jeder, es hier zu etwas bringen kann, solange er nur hart dafür arbeitet. Der Amerikanische Traum. Es ist dieser Traum, der die Amerikaner die sozialen Ungleichheiten in ihrem Land ertragen und tolerieren ließ. Amerikaner dachten immer: Wir mögen heute zwar arm sein, aber solange wir die Möglichkeit haben, morgen reich zu sein, ist das okay. Seit einigen Jahren sind diese Möglichkeiten seltener geworden. (...) Der Politologe Francis Fukuyama warnt, dass das Land durch den Niedergang der Mittelklasse unter Druck gerät. Auf einmal wird in Amerika Klassenkampf zum Thema, auf einmal gibt es eine Gerechtigkeitsdebatte. (...)

Die USA haben in den vergangenen Jahrzehnten im Zuge der Globalisierung immer weniger auf die Produktion eigener Waren gesetzt und ganze Branchen Ländern wie China überlassen. Es waren Branchen, in denen viele aus der Mittelklasse gearbeitet haben. Stattdessen konzentrierten die USA ihre Wirtschaft auf den Dienstleistungssektor. Dort aber gibt es oft nur billige Jobs.

Ein anderer Teil der Arbeit für die Mittelklasse wurde durch neue Technologien vernichtet. Und auch die prosperierende Tech-Branche im Silicon Valley bietet keinen Ersatz für Arbeitsplätze, die in der Autoindustrie oder in den Fabriken verloren gegangen sind. Denn auch Apple oder Hewlett-Packard lassen ihre Geräte lieber in Asien herstellen; die Jobs, die sie in den USA anbieten, sind entweder für Ingenieure oder Verkäufer. Die Mitte bleibt leer. (...)

Das gefühlte Ende des Amerikanischen Traums lässt sich auch an Zahlen ablesen. Ein Amerikaner, 1970 in der Unterschicht geboren, hat nur noch 17 Prozent Chancen, es in den besseren Teil der Gesellschaft zu schaffen. Der Amerikanische Traum ist heute eher in Europa als in Amerika zu realisieren.

Stern vom 8. März 2012 (Giuseppe Di Grazia)

B 7 »Yes we can«



Arbeitsaufträge B 6 – B 7

- Erarbeitet einen Steckbrief zu Henry Ford und Mark Zuckerberg (**B 6**). Legt dar, welcher Bezug von deren Biografien zum *American Dream* herzustellen ist.
- Stellt eine Beziehung zu dem Wahlkampfslogan von Barack Obama für die Präsidentschaftswahlen im Jahre 2008 »Yes we can« und der Aussage der Karikatur **B 7** her.

- Beschreibt, wie es nach Auffassung von Giuseppe Di Grazia (**B 6**) um den *American Dream* heute bestellt ist. Bezieht hierzu auch die Karikatur ein.

B 8 »Ihr seid reich – wir die Mehrheit!«



picture alliance/abaca

Es ist eine bunte und vielfältige Bewegung mit fantasiereichen Protestformen: Am 1. Mai 2012 führte die Occupy-Wall-Street-Bewegung einen nationalen Protesttag in den USA durch und wollte damit zeigen, dass die Kapitalismuskritiker weiterhin aktiv sind.

Sie kommen aus allen Ecken der USA. »Occupy Wall Street« ist ihr Motto. Was die Demonstranten treibt, ist ihre Wut auf eine superreiche Elite und entfesselte Finanzmärkte – sowie die Sorge um die eigene Zukunft. (...)

Was am 17. September 2011 im New Yorker Zuccotti-Park begann, hat sich mittlerweile auf Dutzende US-amerikanische Städte ausgeweitet. Egal ob Washington, D.C., Bloomington, Boston, Atlanta, San Francisco oder Philadelphia: Überall protestieren US-Amerikaner mit Slogans wie »We are the 99 percent« gegen die Gier der Superreichen. Die Unterstützer der Occupy-Wall-Street-Bewegung (OWS) beschwerten sich lautstark darüber, dass sich der Graben zwischen Arm und Reich verschärft und lediglich das oberste eine Prozent der Bevölkerung von der Politik der US-Regierungen profitiert. Die inzwischen seit drei Jahren existierende Wirtschafts- und Finanzkrise treffe nicht nur die Armen hart, sondern auch wachsende Teile der Mittelschicht, die ihre Arbeit verlieren und Kredite nicht mehr zurückzahlen können.

Die Wut der OWS-Sympathisanten ist keine gefühlte, sondern lässt sich mit Zahlen belegen: Das Einkommen des bestverdienenden Tausendstels der US-Gesellschaft stieg von 1970 bis 2008 um 385 Prozent auf 5,6 Millionen Dollar pro Jahr, während jene 137 Millionen Amerikaner, die 90 Prozent in der Einkommenspyramide ausmachen, im gleichen Zeitraum keinen Cent dazugewonnen haben und durchschnittlich lediglich über 31.244 Dollar Jahreseinkommen verfügen.

Wer die Fotos der Teilnehmer auf den Blogs und Websites der Bewegung oder auf Nachrichtenwebsites (besonders eindrucksvolle Bilder bei »The Big Picture«) betrachtet, der sieht einen Querschnitt der amerikanischen Gesellschaft: Studenten stehen neben Rentnern, Afroamerikaner neben Weißen und Latinos. Manche Demonstranten tragen T-Shirts, andere Anzug oder Business-Kostüm. In New York protestiert vor allem »wir, der Mittelstand«.

Wie vielschichtig die Probleme der Amerikaner sind, zeigt auch der viel beachtete Tumblr-Blog »We are the 99 percent«, auf dem Männer und Frauen Porträtfotos hochladen und auf Schildern ihre Lebenssituation beschreiben. Der Ökonom Mike Konczal hat analysiert, wie alt die OWS-Sympathisanten sind und welche Themen sie beschäftigen. Die meisten Beiträge kommen aus der Gruppe der 20- bis 27-Jährigen, insgesamt liegt der Altersdurchschnitt bei 29 Jahren. Die Betroffenen machen sich Sorgen darüber, dass sie keinen Job finden und ihre Studienkredite wohl niemals werden zurückzahlen können – viele können sich keine Krankenversicherung leisten. Auch die Angst, ihren Kindern später keine guten Zukunftschancen bieten zu können, treibt viele um. (...)

Süddeutsche Zeitung vom 14. Oktober 2011 (Matthias Kolb)

Arbeitsaufträge B 8

► Erstellt eine Präsentation zur Occupy-Wall-Street-Bewegung (**B 8**) in den USA und legt dabei auch die verschiedenen Demonstrationsformen der Aktivisten dar.

► Recherchiert zur Occupy-Wall-Street-Bewegung in Deutschland und vergleicht die beiden Bewegungen miteinander.

B 9 Krankenversicherung in den USA

Zum zweiten Geburtstag seiner Reform griff der Präsident zum Telefonhörer. »Hi Eric, wie geht's«, fragte er den verblüfften Medizinstudenten am andern Ende der Leitung. »Hier ist Barack Obama.« Er wollte mal nachhören, wie sich Erics Mutter von ihrer Herz-Bypass-Operation erhole, verriet der Politiker. Und dann gratulierte er Eric auch gleich noch dazu, dass er einer der vielen jungen Menschen sei, die von seiner Gesundheitsreform profitieren. Für Studenten wie Eric hat sich seit dem Tag der historischen Unterzeichnung des Gesetzes viel getan: Über eine Million US-Bürger unter 26 Jahren sind inzwischen automatisch über ihre Eltern mit-versichert. Auf der anderen Seite profitieren seitdem mehr als 20 Millionen alte Menschen von kostenfreien Vorsorgeangeboten.

Auch für Familien mit kleinen Kindern gibt es eine wichtige Änderung, die ihnen ein Vermögen erspart. Zum Beispiel Michelle Cunningham: Ihr acht Jahre alter Sohn ist Leukämiepatient. Nach der Diagnose erhielt er drei Jahre lang eine Chemotherapie. Dann verlor Michelles Mann seinen Job – und somit auch die Krankenversicherung. Die Cunninghams suchten nach Ersatz. Doch die Antwort der Versicherer hieß schlicht: »unversicherbar« (...). Nach dem alten Recht muss kein Versicherer ein leukämiekrankes Kind akzeptieren. Wie seine Eltern die Behandlung finanzierten, blieb ihnen überlassen.

Nach einer Studie der Universität Harvard starben noch vor drei Jahren 45.000 US-Bürger, weil sie keine adäquate Gesundheitsversorgung hatten. Das änderte sich schlagartig im März 2010: Seit der Reform dürfen die US-Versicherungs-

firmen erstmals in der Geschichte des Landes Klienten mit Vorerkrankungen nicht mehr abweisen.

Während Kritiker Sturm gegen das Gesetz laufen, treibt die Regierung in Washington seine Umsetzung voran. Nächster Schritt ist das Kernstück: der Aufbau von Versicherungsbörsen in jedem US-Bundesstaat. Über sie sollen Einzelpersonen, Familien und kleinere Unternehmen Gesundheitspolice erwerben können. Schon 2013 müssen die Bundesstaaten konkrete Pläne darüber vorlegen, wie sie die dafür erhaltenen Dollarmillionen verwendet haben. Doch nach wie vor verweigern sich viele. (...)

Auch in der Bevölkerung ist die Reform noch immer nicht so beliebt, wie Obama und seine Mitstreiter es sich wünschen würden: Nach einer Umfrage (...) lehnen 52 Prozent der Amerikaner sie nach wie vor ab. Unvorstellbar für Sharon Scott aus Florida: Ihr halbes Jahresgehalt von 24.000 Dollar gibt die 47-jährige allein erziehende Mutter für ihre Versicherung aus. Sharon Scott hofft nun auf den Richterspruch – und darauf, dass das Ziel einer fairen Versicherungsbörse eines Tages auch Florida erreicht.

taz online vom 26. März 2012 (Antje Passenheim)

Reform der Krankenversicherung in den USA



Die Ausgangslage:

Von den US-Bürgern sind

- 67%** **privat versichert**
(die meisten über den Arbeitgeber)
- 29%** **über staatliche Programme versichert**
(z.B. Medicare für Alte und Behinderte, Medicaid für Geringverdiener)
- 15%** **ohne Krankenversicherungsschutz**

* Zahlen für 2008, Überschneidungen möglich

Die wichtigsten Reformstufen:

2010

- Schließen der Versicherungslücken für Frührentner und junge Erwachsene
- Versicherer dürfen Kinder mit Vorerkrankungen nicht zurückweisen
- Finanzhilfen für Kleinunternehmen, die ihre Beschäftigten krankenversichern
- kostenlose Vorsorgeuntersuchungen
- Menschen mit schlechter körperlicher Disposition erhalten Zugang zu Krankenversicherungen
- Keine Kündigung der Police bei schwerer Erkrankung der Versicherten

2014

- Allgemeine Krankenversicherungspflicht
- Größere Arbeitgeber müssen Versicherung anbieten
- Keine Leistungsbegrenzung oder Zuschläge für Menschen mit Vorerkrankungen
- Versicherungsbörsen bieten Krankenversicherungspolice mit Standardleistungen an
- Prämienbeihilfen für Familien mit mittlerem Einkommen
- Staatliche Versicherung für Geringverdiener (Medicaid) wird ausgeweitet
- Versicherungsunternehmen müssen zu den Kosten der Reform beitragen

Quellen: US Census Bureau, www.healthcare.gov

B 10 Religion in den USA

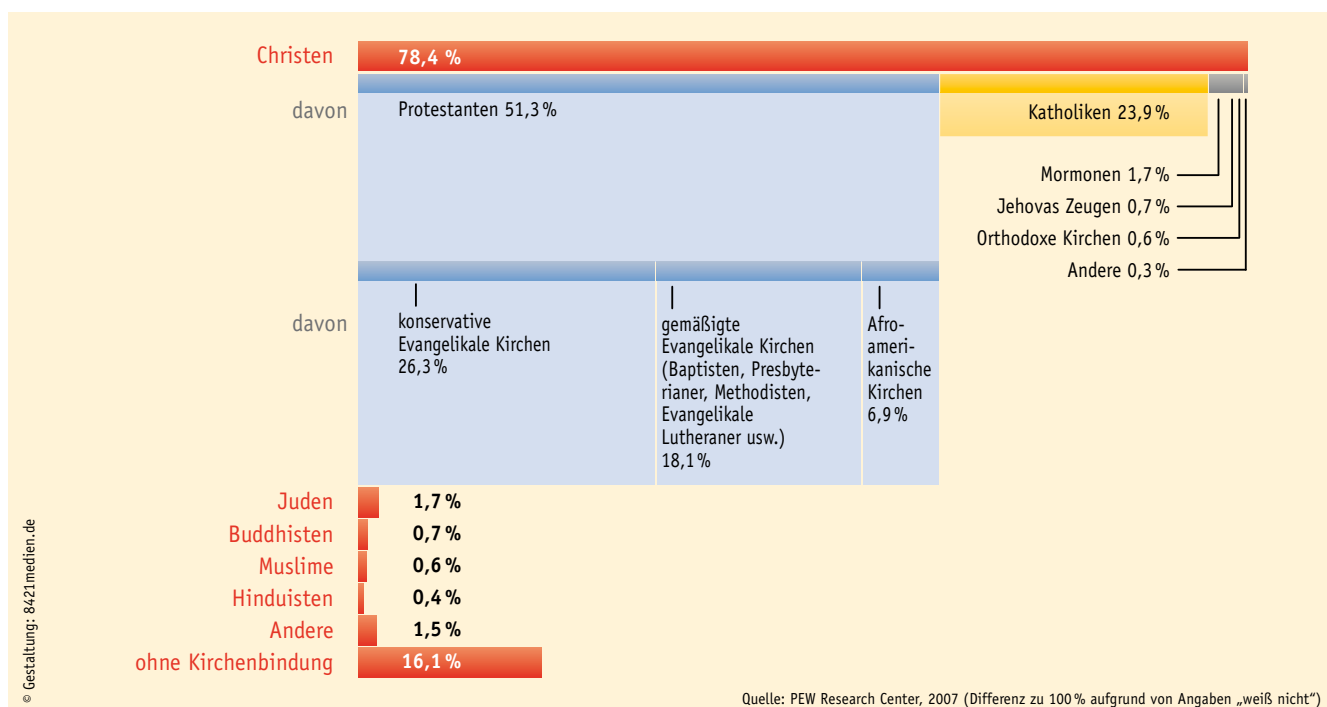
Die USA sind ein zutiefst religiöses Land. (...) Die Religion ist ein bleibender Faktor des persönlichen Lebensraumes und der amerikanischen Gesellschaft geblieben. Zwei Drittel der Amerikaner glauben, dass die USA eine christliche Nation sind. Die Kirchengangshäufigkeit hat sich von 1939 bis heute so gut wie nicht verändert: Rund 40 Prozent der Amerikaner besuchen mindestens einmal in der Woche einen Gottesdienst, weitere 24 Prozent sagen, dass sie von Zeit zu Zeit in die Kirche gehen. (...) International vergleichende Studien haben immer wieder gezeigt, dass religiöse Werte in den USA nicht oder kaum an Bedeutung verlieren. 94 Prozent der Amerikaner glauben an Gott, aber nur 70 Prozent der Briten und 67 Prozent der Westdeutschen teilen diesen Glauben. (...)

Sind religiöse Wertvorstellungen in den USA nach wie vor sehr stark verankert, so nimmt die Religion auch Einfluss auf das tägliche private, soziale und politische Leben. 2006 sagten 57 Prozent der befragten Amerikaner, dass Religion

sehr bedeutend für ihr eigenes Leben sei (Europäer: 45 %). (...) Bemerkenswert ist vor allem, dass 64 Prozent der befragten Amerikaner glauben, dass die Religion heute Antworten geben kann auf alle oder die meisten Tagesprobleme, und 81 Prozent sind der Auffassung, dass religiöse Werte eine bedeutende Rolle in alltäglichen Entscheidungen spielen sollten. (...)

Amerikaner bewerten die Politik sehr stark nach religiösen Maßstäben und sind ganz überwiegend der Auffassung, dass der »moralische Zustand« des Landes nicht gut sei und sich weiter verschlechtere.

Hans Vorländer: *Politische Kultur. Religion, Moral, gesellschaftliche Wertvorstellungen und die politischen Folgen*, in: Peter Lösche/Hans Dietrich von Loeffelholz/Anja Ostermann (Hrsg.): *Länderbericht USA: Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur*, Campus Verlag, Frankfurt/M. 2008, S. 209 f.



Arbeitsaufträge B 9 – B 10

- Beschreibt die Veränderungen für die Bürger in den Vereinigten Staaten, welche die Reform der Krankenversicherung durch Barack Obama (**B 9**) mit sich brachte.
- Legt dar, wie sich die Reform der Krankenversicherung in den USA weiter entwickeln soll.
- Diskutiert im Klassenplenum die amerikanische Krankenversicherungsreform und bezieht dabei auch eure Erfahrungen mit dem Krankenversicherungssystem in Deutschland mit ein.

- Legt dar, welche Bedeutung die Religion für die Menschen in den Vereinigten Staaten spielt (**B 10**).

- Nehmt zu den Auswirkungen der in den USA praktizierten Religiosität auf das Verhältnis der Menschen zur Politik Stellung. Worin seht ihr Vorteile? Worin erkennt ihr Probleme?

B 11 Die Hexenjagd geht wieder los



Januar 2012: Am 39. Jahrestag der Verkündung des Grundsatzurteils des höchsten amerikanischen Gerichtes über das Recht auf Abtreibung demonstrieren Abtreibungsgegner in Washington.

Abtreibungen sind in den USA seit fast 40 Jahren erlaubt, der soziale und politische Konflikt schien längst beigelegt. Trotzdem wird die Debatte im Wahlkampf nun heftiger geführt denn je. Das Nachsehen haben die Frauen.

Norma McCorvey war 17, als sie ihr erstes Kind bekam. Die Texanerin wuchs in widrigen Verhältnissen auf, geprägt von Alkohol, Drogen und Gewalt. Ihr zweites Baby gab sie zur Adoption frei. Als sie mit 21 ein drittes Mal schwanger wurde, wollte sie abtreiben. Doch das war damals verboten. Mit Hilfe von zwei Anwältinnen klagte McCorvey ihr Recht ein – unter dem Pseudonym »Jane Roe«. Ihr Fall quälte sich durch alle Instanzen, bis er schließlich vor dem Obersten US-Gerichtshof landete. Da hatte McCorvey das Kind längst. Der Supreme Court entschied dennoch zu ihren Gunsten: Das US-Abtreibungsverbot verstöße gegen das Verfassungsrecht auf Privatsphäre. Das Urteil (...) schrieb Geschichte: Es legalisierte Schwangerschaftsabbrüche in den USA.

Das war im Januar 1973. Die Debatte war damit noch lange nicht beendet. Immer wieder kochte der Streit zwischen den Abtreibungsgegnern (»pro-life«) und -befürwortern (»pro-choice«) verstärkt hoch. Fast 40 Jahre nach dem Grundsatzurteil ist die Abtreibung plötzlich wieder zu einem Reizthema geworden – und hat nun selbst US-Präsident Barack Obama in die Zwickmühle gebracht. Der »Abtreibungskrieg« (New York Times) eskaliert an mehreren Fronten zugleich. Die Republikaner spielen die Sache neuerdings zum Wahlkampf-Politikum hoch: Sie lehnen die Abtreibung ab, weil für sie menschliches Leben bereits mit der Zeugung beginnt. Zugleich haben Abtreibungsgegner in etlichen Bundesstaaten

Siege erzielt, die es den jeweiligen Regierungen ermöglichen, das zentrale Abtreibungsrecht zu umgehen. Auch die Kirchen mobilisieren neu. All das setzt private Gruppen, Institutionen und Ärzte unter Druck – selbst wenn die nur am Rande mit Schwangerschaftsabbrüchen zu tun haben.

Jüngstes Opfer: Planned Parenthood, die US-Schwesterorganisation der deutschen Pro Familia, geriet vorige Woche ins Kreuzfeuer. Das Nachsehen haben die Frauen. Die Republikaner verteufeln Planned Parenthood seit jeher als »Abtreibungslobby«. Dabei bietet die Organisation vor allem Krebsvorsorge, Sexualberatung, Sozialhilfe und HIV-Tests an. Die 329.445 Schwangerschaftsabbrüche, die Planned Parenthood in 2010 durchführte, machten nur drei Prozent ihrer Dienstleistungen aus. Die Gruppe bezieht fast die Hälfte ihres 1,1-Milliarden-Dollar-Haushalts aus staatlichen Subventionen, mit der Vorgabe, dass sie damit keine Abtreibungen finanziert. Trotzdem wollen die Republikaner Planned Parenthood den Hahn zudrehen. Seit September 2011 führen sie über einen Unterausschuss des Kongresses »Ermittlungen« gegen die Organisation. Vorwurf: Missbrauch von Steuergeldern. (...)

Die Republikaner haben weitere Maßnahmen angedroht. Sie wählen ein Wahlkampfthema zu ihren Gunsten – obwohl Umfragen zufolge nur ein Viertel der Amerikaner Abtreibungen ablehnt.

SPIEGEL ONLINE vom 9. Februar 2012 (Marc Pitzke)

Arbeitsaufträge B 11

► Erläutert die Entwicklung der Debatte um das Recht zur Abtreibung (**B 11**) und beschreibt den heutigen Rechtszustand in den USA.

► Gebt die Auseinandersetzung zum Thema Abtreibung im amerikanischen Wahlkampf um die Präsidentschaft wieder und formuliert eine eigene Position hierzu.

B 12 | Der Präsident wird grün



Präsident Obama fand beim Amtsantritt 2008 hehre Worte über die Bedeutung des Umweltschutzes. Aber vor allem im Kampf gegen den Klimawandel hat er viele seiner Wähler enttäuscht. Selbst nach der Ölkatastrophe im Golf von Mexiko änderte er seine Umweltpolitik nicht – obwohl er beim Inspizieren der verschmutzten Küste von Louisiana besorgt wirkte.

Der Aufschrei ließ nicht auf sich warten. Kaum hatte Barack Obama dem hoch umstrittenen Ölpipeline-Projekt »Keystone XL« quer durch Amerikas Mittleren Westen eine vorläufige Absage erteilt, heulte die gesammelte Opposition auf: »Präsident Obama ist dabei, Zehntausende Jobs zu vernichten und Amerikas Energiesicherheit an die Chinesen zu verkaufen«, polterte der Vormann der Republikaner im Repräsentantenhaus, John Boehner. (...) Tatsächlich ist das Veto des Präsidenten gegen die 2.700 Kilometer lange Giga-Pipeline weniger sachlich begründet – obwohl gewichtige Argumente gegen die Pipeline sprechen. Sie soll superschweres Öl, Bitumen genannt, aus der kanadischen Provinz Alberta zu Raffinerien an der Küste am Golf von Mexiko transportieren. Amerikas Umweltschützer laufen seit Jahren gegen das Projekt Sturm, sie nennen das Bitumen das »schmutzigste Öl der Welt«. Zusätzlich ist die Pipeline in die Kritik geraten, weil ihr Betreiber sie quer über einen gigantischen Grundwasserspeicher legen wollte.

Barack Obama hat die Entscheidung auf die Zeit weit nach der Wahl im Herbst vertagt. Seine Anordnung sei kein »Urteil« über die Pipeline, versicherte Obama und wies den Betreiber an, eine Alternativroute vorzulegen. In Wahrheit dürfte Obamas Absage auf Widerruf das Ergebnis einer kühlen politischen Kalkulation sein. Zunächst einmal wollte Obama den Eindruck vermeiden, dass er sich ausgerechnet im Wahljahr erneut dem Druck der Republikaner beugt. (...) Und das Veto dürfte einer strategischen Entscheidung entspringen: Der Präsident setzt im Wahlkampf ganz klar auf die Unterstützung der Umweltbewegung.

Dahinter steht die Überlegung, dass er die Wahl nicht gewinnen kann, wenn er sie zu einer Abstimmung über seine Amtszeit werden lässt. Zu viele Amerikaner würden die schlichte Frage, ob es ihnen besser geht als vor Obamas Amtsantritt, mit einem schlichten Nein beantworten – und für seinen republikanischen Herausforderer stimmen. Er kann nur gewinnen, wenn er Lagerwahlkampf macht, also Amerikas Linke und Liberale gegen die Konservativen mobilisiert, die sämtliche Projekte seiner Regierung von der Gesundheitsreform bis zu den Korrekturen im Umweltbereich wieder rückgängig machen wollen. Dafür braucht Obama Amerikas Öko-Bewegung auf seiner Seite. Und kein Thema mobilisiert die zur Zeit mehr als die Pipeline.

Bisher hat Obama die US-Umweltbewegung eher enttäuscht (...). »Es gibt für Amerika und für die Welt nur wenige Herausforderungen, die eine größere Dringlichkeit besitzen als der Kampf gegen den Klimawandel«, hatte er nach seiner Wahl 2008 erklärt. Doch bei der großen Klimaschutzkonferenz ein Jahr später in Kopenhagen war es mit der amerikanischen Führung im globalen Kampf für den Klimaschutz nicht weit her. (...) Auch die Reaktorkatastrophe von Fukushima und die Ölpest im Golf von Mexiko, die größte Umweltkatastrophe in der US-Geschichte, haben seine Regierung nicht zu einschneidenden Korrekturen in der Energie- oder Umweltpolitik veranlasst.

Süddeutsche Zeitung vom 19. Januar 2012 (Reymer Klüver)

Arbeitsaufträge B 12

► Beschreibt das Ölpipeline-Projekt »Keystone XL« und die Position von Barack Obama (**B 12**) zu diesem Projekt.

► Fasst das umweltpolitische Verhalten von Barack Obama im Wahlkampf um die Präsidentschaft zusammen. Was haltet ihr davon? Diskutiert hierüber im Plenum.

C • Die letzte Weltmacht

Materialien C 1–C 10

C 1 | Zeitenwende 11. September 2001



picture alliance/dpa



picture alliance/dpa



picture alliance/Photoshot



picture alliance/Ton Koene

Was geschah am 11. September 2001?

Wie der Angriff auf Pearl Harbor 1941 und die Ermordung Präsident Kennedys 1963 erschütterten die Ereignisse des 11. September 2001 nicht nur die Vereinigten Staaten, sondern die ganze Welt. Nichts sei mehr so wie am Tag zuvor, schrieben die Kommentatoren in fast allen Ländern. Am frühen Vormittag des 11. September hatte eine kleine Gruppe von leichtbewaffneten Terroristen an der Ostküste vier Passagierflugzeuge entführt und diese in tödliche Waffen verwandelt. Zwei der Flugzeuge attackierten das World Trade Center in New York City, ein drittes griff das Pentagon an, während das vierte Flugzeug, das Kurs auf das Weiße Haus genommen hatte, nach Kämpfen zwischen den Passagieren und Terroristen auf freiem Feld in Pennsylvania niederging.

Das Resultat der Angriffe war verheerend. Die beiden Türme des World Trade Center brachen innerhalb von zwei Stunden zusammen und begruben 2.823 Menschen unter sich, 190 starben im Pentagon, und 266 an Bord der Flugzeuge. Die Terroristen hatten ihre Attacken bewusst gegen prominente Symbole der amerikanischen Wirtschafts- und Verteidigungsmacht gerichtet. Die Dimension des Angriffs, die Zahl der Opfer und die Professionalität der Planung waren beispiellos in der Geschichte. Einige der Terroristen hatten sich zwei Jahre lang zu Piloten ausbilden lassen, um eine möglichst hohe Zielgenauigkeit zu erreichen. Ein Tag nach den Angriffen gab die Bush-Regierung bekannt, dass Osama bin Ladens terroristische Organisation al-Qaida hinter den Angriffen stecke.

Christof Mauch: Amerikanische Geschichte. Die 101 wichtigsten Fragen, Beck'sche Reihe, München 2008, S. 143

C 2 Die Nationale Sicherheitsstrategie



»Amerika befindet sich im Krieg.« Mit diesem Satz beginnt das Vorwort zur Nationalen Sicherheitsstrategie, die US-Präsident George W. Bush im Herbst 2002 der Öffentlichkeit vorstellte – ein Jahr nach den Anschlägen von »9/11«.

Die militärische Reaktion der USA auf die Anschläge im Herbst 2001 lässt sich nicht trennen von einer spezifischen Wahrnehmung der terroristischen Bedrohung durch die US-Regierung unter George W. Bush; das heißt der Auslegung der Auseinandersetzung mit dem Terrorismus als »Krieg«. Sie lässt sich auch nicht von der Art und Weise trennen, wie die Bush-Regierung das Verhältnis zwischen den USA und feindlich gesonnenen Regierungen (»Schurkenstaaten«) und terroristischen Gruppen interpretiert hat. Unmittelbar nach den Anschlägen hat die US-Regierung ihre Außen- und Sicherheitspolitik auf die Bekämpfung von al-Qaida und das Taliban-Regime in Afghanistan ausgerichtet. In den folgenden Monaten dehnte sie ihren Ordnungsanspruch aus: Nicht nur Terrororganisationen, sondern auch autoritäre Staaten, die Terroristen unterstützten oder Zugang zu Massenvernichtungswaffen hatten oder sich solche zu beschaffen versuchten, konnten das Ziel amerikanischer Militäraktionen werden. Mit der Nationalen Sicherheitsstrategie wurde im Jahr 2002 schließlich eine Weltordnungskonzeption vorgelegt, die eine mit politischen, ökonomischen und militärischen Mitteln herzustellende, auf liberalen Werten basierende Weltordnung deklarierte, und die in ihrer Ambition weit über eine reine Strategie zur Terrorismusbekämpfung hinausging.

Die Nationale Sicherheitsstrategie enthielt drei zentrale Aspekte:

- (1) Der 11. September darf sich auf keinen Fall wiederholen. Deshalb müssen Terroristen an weiteren Taten gehindert werden, selbst wenn dazu von internationalen Rechtsnormen nicht gedeckte Maßnahmen notwendig werden sollten. Gegen Terroristen und ihre Unterstützer muss unter Umständen auch präventiv Gewalt angewendet werden.
- (2) Ein großes Risiko stellen autoritäre Staaten dar, die wesentlich Terroristen beherbergen, Massenvernichtungswaffen besitzen oder sich zu beschaffen versuchen, und diese Waffen oder Grundstoffe für ihren Bau an Terroristen weitergeben könnten. Auch gegen sie muss deshalb rechtzeitig und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln, unter Umständen auch mit Nuklearwaffen, vorgegangen werden.
- (3) Nur wenn feindliche autoritäre Staaten durch Demokratien ersetzt werden, können sich die USA langfristig sicher fühlen.

Die übergeordnete ordnungspolitische Herausforderung bestand aus der Warte der Bush-Regierung deshalb darin, eine auf konsolidierten Demokratien beruhende Weltordnung zu etablieren. Diese Konzeption verband »rationale« sicherheitspolitische Erwägungen mit normativen: Die Bekämpfung des Terrorismus wurde als globale Norm propagiert, und sämtliche Regierungen der Welt wurden dazu aufgerufen, ihrer »souveränen Verantwortung« nachzukommen und sich dem Kampf gegen den Terrorismus anzuschließen. Die Entscheidung, ob Regierungen sich verantwortlich verhielten, würden die Vereinigten Staaten im Notfall allein treffen – in dieser Hinsicht wollten sie eine »Weltinnenpolitik« nach von ihnen gesetzten Regeln generieren.

Martin Kahl: Die Militärstrategie der USA nach dem 11. September, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 27 (2011), S. 19.

Arbeitsaufträge C 1–C 2

- Beschreibt in einem kurzen Text, was die Fotos in C 1 zeigen.
- Skizziert kurz – auch vor dem Hintergrund eigener Recherchen – die Ereignisse am 11. September 2001.
- Legt die politisch-militärische Reaktion der Vereinigten Staaten auf die Anschläge vom 11. September dar und

erläutert dabei insbesondere die zentralen Aspekte der Nationalen Sicherheitsstrategie der USA.

- Diskutiert die politisch-militärische Antwort der USA auf die Anschläge vom 11. September 2001 im Klassenplenum.

C 3 | Afghanistan ist verloren



In vielen muslimischen Ländern kommt es im März 2012 zu massiven Protesten gegen die USA und gegen die NATO, nachdem bekannt geworden war, dass US-amerikanische Soldaten in Afghanistan Exemplare des Korans verbrannt hatten.

Der Krieg ist verloren. Zehn Jahre nachdem westliche Truppen in Afghanistan den Kampf gegen die Taliban aufnahmen, genügen ein paar angekohlte Koranseiten, um Hass auf den Straßen explodieren zu lassen und Mord und Totschlag bis in die amerikanischen Quartiere zu tragen. Zehn Jahre, in denen um den Aufbau eines zivilen Staates gerungen wurde, haben nicht gereicht, um auswärtige Helfer, Soldaten und Einheimische vor den radikalen Islamisten zu schützen. Man verbarrikadiert sich, man bewegt sich nicht über Land, man spricht nach Möglichkeit nicht einmal über die Taliban. Ihre todbringenden Spitzel lauern überall. Ihre Sympathisanten sind selbst unter den afghanischen Verbündeten des Westens. Es ist an der Zeit, das Scheitern der Militärmission einzugestehen.

Aber wer spricht es aus? Ein dröhnendes Schweigen liegt über der afghanischen Misere. Es ist nicht eigentlich Apathie, es ist keine resignative Hinnahme, es fehlt an Erbitterung nicht, schon gar nicht angesichts Tausender Soldaten, die umsonst starben, und Abertausender Zivilisten, die versehentlich geopfert wurden. So viele Tote – und kein Sieg über die mörderischen Extremisten in Sicht. Der Schock, den die jüngsten Morde auslösten, die für eine Banalität, für eine eingebilddete Kränkung, für ein paar irrtümlich verbrannte Seiten verübt wurden, hat die westliche Öffent-

lichkeit durchaus erreicht. Eine Dummheit, eine Dummheit bloß – und schon muss sterben, wer noch nicht einmal für die Dummheit verantwortlich war. Die Augen weiteten sich dunkel vor Grauen. Aber die Lippen öffneten sich nicht.

Der Westen steht wie gelähmt vor der Aggression im islamischen Raum. Syrien ertrinkt im Bürgerkrieg, der Iran baut an der Bombe, der Irak ist noch immer nicht befriedet. Wie sollte man da zugeben, an der Rettung Afghanistans vor den Fanatikern gescheitert zu sein? Wie den Syrern helfen, wie den Iran in die Schranken weisen, wie der Gefahr neuer Glaubenskriege im Irak begegnen? Wenn irgendwo, dann hätte in Afghanistan die zivilisatorische Beruhigung glücken müssen. Lange bevor es zum Zankapfel auswärtiger Mächte wurde, hatte es seine eigene aufgeklärte Tradition, war Fluchtort für religiös Verfolgte, dissidente Dichter und Denker, der afghanische Königshof ein Musenhof, eine Oase des gelehrten Gesprächs unter Palmen.

Aber wo fremde Truppen unablässig wüten, Bürgerkriege von außen lanciert und Regime gestürzt werden, sind offenbar selbst die Orte, an denen der historische Islam einst sein edelstes Antlitz zeigte, nicht schützbar gegen den gewalttätigen Islam von heute. Es tut dabei nichts zur Sache, dass seine Entgleisung ins Mörderische selbstverständlich eine Ketzerei, eine dumme und dumpfe Lesart des Korans, eine moderne Degeneration unter dem Einfluss eingebildeter Konkurrenz mit dem Westen darstellt, inspiriert von Minderwertigkeitsgefühlen, missbraucht von Diktatoren und befeuert sicherlich auch durch ungutes Auftrumpfen Amerikas. (...) Zehn Jahre Krieg in Afghanistan haben gezeigt, dass wir die Gotteskrieger nicht besiegen können, jedenfalls nicht dort, wo sie ihre Rekrutierungsmöglichkeiten und Ressourcen in unmittelbarer Nähe haben. Die Truppen werden abziehen, auch wenn vielleicht niemals die Niederlage eingestanden wird.

DIE ZEIT vom 11. März 2012 (Jens Jessen)

Arbeitsaufträge C 3

► Fertigt eine Bilanz des Kampfes der westlichen Truppen in Afghanistan gegen die Taliban aus heutiger Sicht an.

► Benennt die Gründe für diese Bilanz und entwirft Szenarien, wie sich Afghanistan nach dem Abzug der westlichen Truppen entwickeln könnte.

C 4 | George W. Obama

Am zweiten Tag seiner Präsidentschaft versprach Barack Obama, er werde mit dem Unrechtsregime von Guantánamo ein für allemal Schluss machen. Vorbei mit Folterverhören, mit Militärtribunalen und mit unbeschränkter Haft für Terrorverdächtige. Das Gefangenenerlager auf Kuba werde alsbald der Geschichte angehören. Zwei Jahre später ist dieses Versprechen Makulatur. Den Rechtsprofessor und Friedensnobelpreisträger haben der Mut und die Durchsetzungskraft verlassen – und wohl auch der Wille. Nun hat er endgültig entschieden, die fatale Politik seines Vorgängers in wichtigen Punkten fortzusetzen. Das Gefangenenerlager bleibt erhalten, die Militärtribunale und die unbeschränkte Vorbeugehaft ebenso. Obama, einst angetreten als der Anti-Bush, hat sich in Sachen Guantánamo als ein Klon entpuppt.

Dabei hatte alles so vielversprechend begonnen. Kaum im Amt, verbot Obama die berüchtigte Foltermethode des »waterboarding« und kündigte an, Guantánamo binnen eines Jahres zu schließen. Den Terrorverdächtigen sollte entweder auf amerikanischem Boden der Strafprozess gemacht oder sie sollten in ihre Heimat oder in ein drittes Land entlassen werden. Die europäischen Verbündeten, Menschenrechtsorganisationen, liberale Demokraten und sogar einige Republikaner applaudierten. Doch bald regte sich Widerstand. Einstige Mitglieder der Bush-Regierung bezichtigten Obama, Amerikas Sicherheit aufs Spiel zu setzen, und verteidigten vehement ihre rabiate Anti-Terrorpolitik. Kein US-Bundes-

staat war willens, Gerichtsverfahren gegen mutmaßliche Attentäter auf seinem Boden durchzuführen. (...)

Auch das Ausland zeigte sich wenig solidarisch. Jahrelang hatte es die Vereinigten Staaten wegen Guantánamo an den Pranger gestellt. Doch nun, von Washington um Mithilfe gebeten, wollten nur wenige Staaten Gefangene aufnehmen, gegen die sich der einstige Terrorverdacht nicht bestätigt hatte. Auch Deutschland gab sich kleinmütig und ließ gerade einmal zwei Leute ins Land. Überdies berichtete der Geheimdienst CIA, dass mindestens ein Drittel der Freigelassenen wieder in den Kampf zögen. (...)

Deshalb sitzen heute in Guantánamo immer noch 172 Menschen ein, nur 70 weniger als bei Obamas Amtsantritt. Ihre Zukunft ist neun Jahre nach ihrer Festnahme weiterhin ungewiss. Einige werden sich vor einem Militärtribunal verantworten müssen. Obama hat dessen harsche Regeln zwar etwas lockern lassen, so sind zum Beispiel unter Folter gemachte Aussagen nicht zugelassen. Doch auch dieses neue Verfahren spricht einem geordneten rechtsstaatlichen Prozess Hohn. (...)

DIE ZEIT vom 10. März 2011 (Martin Klingst)



Gerhard Mester

Arbeitsaufträge C 4

- Fasst die Entwicklung um das Gefangenenerlager Guantánamo auf Kuba zusammen und erklärt auf der Grundlage des Textes von Martin Klingst (C 4) die Überschrift »George W. Obama«.
- Recherchiert bei den Menschenrechtsorganisationen Am-

nesty International und Human Rights Watch deren Position zum Gefangenenerlager Guantánamo (www.amnesty.de; www.hrw.org/de).

- Beurteilt in einer eigenen Stellungnahme die Einrichtung dieses Gefangenenerlagers.

C 5 Vision einer atomwaffenfreien Welt



picture alliance/dpa

10. Dezember 2009: Wenige Wochen nach seinem Amtsantritt bekommt US-Präsident Barack Obama den Friedensnobelpreis verliehen.

Für seine Vision einer atomwaffenfreien Welt erhält US-Präsident Barack Obama schon in seinem ersten Amtsjahr den Friedensnobelpreis. Das norwegische Nobelpreiskomitee würdigte am Freitag in Oslo die »außergewöhnlichen Bemühungen« des Politikers »um eine Stärkung der internationalen Diplomatie und um Zusammenarbeit zwischen den Völkern«.

Selten zuvor habe eine Persönlichkeit so sehr die Hoffnung auf eine bessere Zukunft vermittelt und die Aufmerksamkeit der Welt in Bann gezogen, erklärte das Nobelpreiskomitee, dessen fünf Mitglieder vom norwegischen Parlament gewählt wurden. »Seine Diplomatie beruht auf dem Konzept, dass diejenigen, die die Welt führen, dies auf der Grundlage von Werten und Haltungen tun müssen, welche von der Mehrheit der Weltbevölkerung geteilt werden.«

Das Komitee merkte an, dass Obamas Vision für eine Welt ohne Atomwaffen bei der Entscheidung ebenso eine Rolle gespielt habe wie die Bereitschaft des US-Präsidenten, auf die islamische Welt zuzugehen. Das Komitee wies auch darauf hin, dass die neue Regierung in Washington den Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen wieder ein größeres Gewicht eingeräumt habe. »Obama hat als Präsident ein neues Klima in der internationalen Politik geschaffen.«

Die Entscheidung kam für viele Beobachter überraschend. Zwar galt Obama als denkbarer Kandidat. Doch die meisten Experten gingen davon aus, dass es noch zu früh sei, um den US-Präsidenten mit dieser hohen Auszeichnung zu ehren – schließlich trat Obama erst knapp zwei Wochen vor dem Ende der Nominierungsfrist am 1. Februar sein Amt an.

dapd vom 9. Dezember 2009



Gerhard Mester

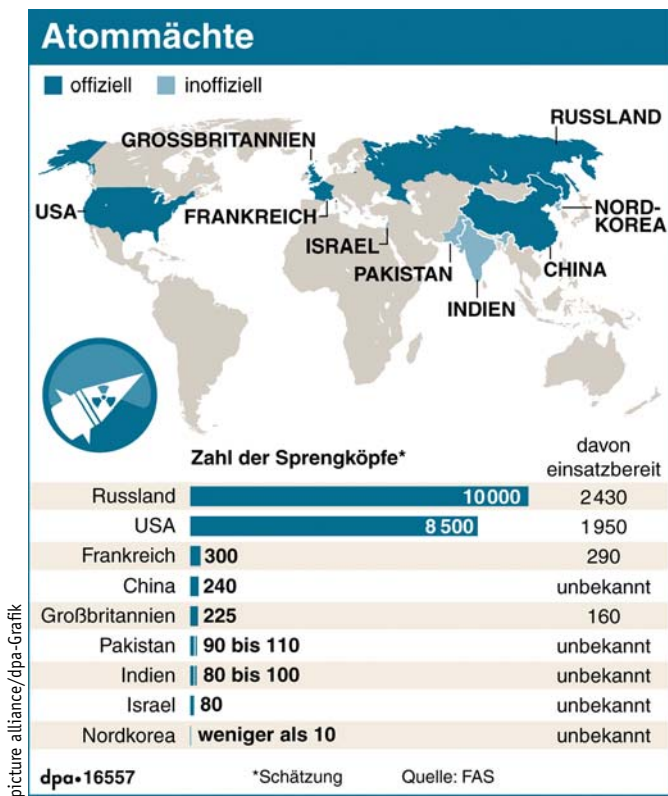
Arbeitsaufträge C 5

- Skizziert die Gründe, weshalb Barack Obama im Jahre 2009 der Friedensnobelpreis (C 5) zuerkannt wurde.
- Nehmt eine selbstständige Recherche zur Bilanz der Vision einer atomwaffenfreien Welt vor (z.B. bei www.zeit.de/politik/ausland/2012-06/sipri-atomwaffen-

abruestung-modernisierung).

- Erläutert vor dem Hintergrund eurer Recherchen die Aussage der Karikatur hinsichtlich der politischen Ziele von Präsident Barack Obama.

C 6 »Global Zero« und das iranische Atomprogramm



Der amerikanische Präsident Barack Obama verkündete am 5. April 2009 in einer Rede vor der Prager Burg seine Vision einer Welt ohne Atomwaffen. Seither hat es der amerikanische Präsident zumindest geschafft, dass sich viele wichtige Regierungschefs auf die »globale Null« für Kernwaffen als Orientierungspunkt festlegten. Doch dem US-Präsidenten geht es nicht nur um das Fernziel einer Abschaffung aller Nuklearwaffen. Vielmehr verfolgt er – wie schon seine Vorgänger – das besonders aus amerikanischer Sicht wichtige Nahziel, das Entstehen immer neuer Atommächte zu verhindern. Dazu ist es erforderlich, das internationale nukleare Nichtverbreitungsregime zu stärken.

Gelingen kann dies nach Ansicht Obamas nur, wenn diejenigen Staaten, die heute bereits über Nuklearwaffen verfügen, mit der atomaren Abrüstung sichtbar ernst machen. Dies ist eine wichtige Voraussetzung dafür, die oftmals zerstrittene Vertragsstaatengemeinschaft des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrages (NVV) zu einen und diejenigen, die die Regeln zu verletzen drohen, unter politischen Druck zu

setzen. Ziel muss es sein, ihren Ausbruch aus der Nichtverbreitungsnorm zu verhindern.

Derzeit ist Iran dasjenige Land, das mit seinem Atomprogramm im Fokus steht. Zwischen Teherans nuklearen Ambitionen und Obamas Perspektive einer atomwaffenfreien Welt gibt es einen doppelten Zusammenhang: Einerseits soll »Global Zero« den USA helfen, die internationale Koalition, die sich gegen das Entstehen einer möglichen Atommacht Iran gebildet hat, zu stärken. Andererseits würde für den Fall, dass Teheran Atomwaffen baut, nicht nur die kernwaffenfreie Welt in weite Ferne rücken. Dann droht auch der NVV zu zerfallen. Denn Irans Nachbarn sowie weitere Länder könnten dann versucht sein, sich selbst Atomwaffen für die eigene nationale Sicherheit zu verschaffen. Nicht nur Präsident Obama fürchtet für diesen Fall, dass Atomwaffen irgendwann in einer Krise auch eingesetzt werden.

Das Ziel einer kernwaffenfreien Welt entspricht amerikanischen Interessen. Zum einen, weil die USA selbst immer weniger auf Atomwaffen für ihre Sicherheit angewiesen sind. Für Washington rücken moderne, weit reichende konventionelle Waffen sowie Raketenabwehrsysteme immer mehr in den Vordergrund. Zum anderen – und dies ist noch viel wichtiger – hat Amerika ein überragendes Interesse daran, den drohenden Zerfall des 1970 in Kraft getretenen NVV zu verhindern. 185 seiner Mitglieder haben für immer auf Atomwaffen verzichtet. Im Gegenzug verpflichteten sich die als Kernwaffenstaaten anerkannten USA, Russland, China, Frankreich und Großbritannien zur atomaren Abrüstung. Ein Ende dieser nuklearen Ordnung wäre insbesondere für die USA gefährlich. Denn für die globale Ordnungsmacht wäre ihre herausgehobene Stellung in der internationalen Politik durch das Entstehen immer neuer Atommächte bedroht. Kernwaffen bieten Schutz vor äußerer Einflussnahme oder gar Invasion. Wer über sie verfügt, kann daher auch US-Präsidenten herausfordern. Daher betonte Obama in seiner Prager Rede, dass vereinbarte Regeln hinsichtlich der nuklearen Nichtverbreitung einzuhalten seien. Er hatte dabei insbesondere Iran im Blick.

Oliver Thränert: Ein Funken Hoffnung? Der Einfluss von »Global Zero« auf die Debatte um das iranische Atomprogramm. Reader Sicherheitspolitik, Mai 2011, hrsg. von der Bundeswehr (www.readersipo.de)

Arbeitsaufträge C 6

► Erläutert den Zusammenhang, den Oliver Thränert (C6) zwischen dem iranischen Atomprogramm und Obamas Perspektive einer atomwaffenfreien Welt herstellt.

► Führt die Gründe an, weshalb das Ziel einer kernwaffenfreien Welt den amerikanischen Interessen entspricht.

C 7 | Angst vor der iranischen Atombombe

picture alliance/abaca



Ein Spiel mit dem Feuer, das im Krieg enden könnte: Der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad provoziert mit seinem Atomprogramm und mit Raketentests schon seit geraumer Zeit die USA und ihre Verbündeten.

Der Iran könnte nach Einschätzung der US-Regierung binnen zwölf Monaten Atomwaffen entwickeln. Übereinstimmend sei man der Ansicht, dass es etwa ein Jahr dauern würde, bis der Iran in der Lage sei, eine Atombombe herzustellen, wenn er sich dazu entscheide, sagte US-Verteidigungsminister Leon Panetta in einem am Sonntagabend ausgestrahlten Interview des Senders CBS. Weitere ein bis zwei Jahre würde es dauern, ein Trägersystem herzustellen, um die Waffe einzusetzen.

Panetta betonte erneut, die USA würden es nicht zulassen, dass die iranische Regierung in den Besitz von Atomwaffen gelange. »Wenn sie fortfahren und wir Informationen erhalten, dass sie mit der Entwicklung einer Kernwaffe beschäftigt sind, werden wir alles tun, was nötig ist, um dies zu verhindern«, sagte er. Für die USA und offensichtlich auch für Israel gebe es hier eine rote Linie. Panetta schloss auch

ein militärisches Vorgehen nicht aus. »Es gibt keine Optionen, die nicht auf dem Tisch sind«, sagte er.

Der Westen wirft dem Iran vor, unter dem Deckmantel der zivilen Atomforschung am Bau von Kernwaffen zu arbeiten, und hat umfangreiche Sanktionen gegen das Land verhängt. Nach Erkenntnissen der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA) haben iranische Wissenschaftler zumindest bis 2010 an der Entwicklung eines atomaren Sprengkörpers gearbeitet.

Die EU hatte Anfang der Woche ein Ölembargo gegen den Iran beschlossen. Damit soll die Regierung in Teheran dazu gebracht werden, eine internationale Kontrolle seines Atomprogramms zuzulassen. Der Iran hatte damit gedroht, die Straße von Hormus zu blockieren. Die Meerenge ist eine Schlagader für die Weltwirtschaft: Der Löwenanteil der globalen Ölversorgung muss durch dieses Nadelöhr.

Mit einer möglicherweise entscheidenden Initiative im Atomkonflikt mit dem Iran will die IAEA eine drohende weitere Eskalation abwenden. Ein hochrangiges IAEA-Expertenteam nahm nun seine Arbeit in Teheran auf. Die IAEA erhofft sich dabei Aufklärung über das vermutete iranische Kernwaffenprogramm. Teheran hat seit 2008 Fragen dazu nicht beantwortet und eine mögliche militärische Dimension seines Atomprogramms stets bestritten. Das Team soll nach den Worten von Außenminister Ali Akbar Salehi Zugang zu allen atomaren Anlagen im Iran erhalten.

dpa vom 30. Januar 2012

Gerhard Mester



C 8 | Die Logik der Aufrüstung im Nahen Osten



picture alliance/Photoshot

Der Iran treibt sein Atomprogramm voran. Am 15. Februar 2012 weiht Präsident Ahmadinedschad in einem Akt der Machtdemonstration die neuesten Errungenschaften der Nukleartechnik seines Landes ein. Den Medien sagt er, sein Land verfüge nun über eine neue Generation von Zentrifugen, mit denen Uran um ein Vielfaches schneller angereichert werden könne.

Die größte Gefahr, die vom iranischen Atomprogramm ausgeht, ist nicht der Atomkrieg. Die größte Gefahr ist, dass es im Nahen Osten vermehrt zu militärischen Konflikten mit konventionellen Waffen kommt. Denn ein atomar bewaffneter Iran könnte sich weitgehend sicher vor Vergeltungsschlägen fühlen, wenn er israelische oder westliche Ziele in der Region attackiert. So sieht es Jean-Loup Samaan, Analyst beim NATO Defense College. Er hält es für plausibel, dass der Iran in spätestens fünf Jahren so weit sein könnte, Atomwaffen zu bauen.

Irans Streitkräfte seien zwar so schlecht ausgerüstet, dass die Führung in Teheran keine große Auseinandersetzung mit konventionellen Waffen suchen werde, schreibt Samaan in einer Analyse für die NATO. In ihrer Ausrüstung und Ausbildung hätten sich die iranischen Streitkräfte aber sehr bewusst auf asymmetrische Kriegsführung konzentriert. Zu diesem Zweck hätten sie Drohnen, Raketen und kleine Marinflugzeuge entwickelt.

»Auch wenn man annimmt, dass sich der Iran als rationaler Akteur verhält, würden Atomwaffen seiner Führung politischen Spielraum geben, nicht-nukleare Einsätze zu unterstützen oder zu führen«, schreibt Samaan. Er nennt mehrere mögliche Szenarien für Konflikte: Beispielsweise könne es im Persischen Golf zu Auseinandersetzungen um mehrere Inseln kommen, auf die sowohl der Iran als auch die Vereinigten Arabischen Emirate Anspruch erheben. Teheran könnte auch versucht sein, in der Straße von Hormus gegen amerikanische, britische oder französische Schiffe vorzugehen. Schließlich bestehe die Gefahr, dass die Hisbollah-Milizen im Libanon ihre Angriffe auf Israel verstärken würden, wenn ihre Schutzmacht Iran Atomwaffen besitze, schreibt der NATO-Analyst. Sowohl Israel als auch die Hisbollah rüsteten sich schon seit Ende des letzten Libanon-Krieges 2006 für eine neue Auseinandersetzung. Bislang habe Israel sich selbst einer Abschreckungsstrategie bedient: Mit der »Dahiya-Doktrin« drohen die israelischen Militärs der Hisbollah im Falle eines Angriffs blutige Vergeltungsschläge gegen ihre zivile Infrastruktur an.

Samaan vermutet, dass diese Abschreckungsstrategie nicht mehr funktionieren würde, wenn der Iran Atomwaffen hätte. Es bestehe das Risiko einer Eskalation, die nur schwer unter Kontrolle zu bringen sei. Die Tatsache, dass es keine zuverlässigen Kommunikationswege zwischen den Gegnern gebe, vergrößere die Gefahr noch.

In seiner Analyse geht Samaan auch darauf ein, welche Folgen eine iranische Bombe auf die Rüstungspläne anderer Staaten der Region habe. Angesichts der Sorgen über das iranische Atomprogramm hätten allein im Jahr 2006 13 Länder im Nahen Osten Pläne zur Erforschung der friedlichen Nutzung der Atomenergie angekündigt. Atomkraftwerke machten aber für diese Weltgegend mit ihrem riesigen Reichtum an fossilen Energien wenig Sinn, schreibt der NATO-Analyst.

Berliner Zeitung vom 5. Juni 2012 (Bettina Vestring)

Arbeitsaufträge C7–C8

- Legt dar, worin aus amerikanischer Perspektive die Gefahren des iranischen Atomprogramms (C7) bestehen.
- Analysiert und interpretiert die Karikatur (C7). Welchen Zusammenhang erkennt der Karikaturist zwischen der Irak-Politik und der Iran-Politik der USA?
- Führt die geopolitischen Folgen im Nahen Osten auf, die eine atomare Bewaffnung des Irans nach Auffassung von Jean-Loup Samaan (C8) mit sich bringen würde.

C 9 Amerikas pazifisches Jahrhundert



picture alliance/Newscom

Im Irak beruhigt sich die Situation allmählich, in Afghanistan beginnen wir, unsere Truppen abzuziehen: ein guter Zeitpunkt für eine Bestandsaufnahme. In den vergangenen zehn Jahren haben wir immense Ressourcen für diese Einsätze bereitgestellt. In den kommenden zehn Jahren müssen wir entscheiden, wie wir unsere Zeit und Energie investieren, um unsere Führungsmacht zu erhalten, unsere Interessen zu wahren und unsere Werte zu fördern.

Zu unseren vornehmlichen Aufgaben wird es gehören, mehr ökonomische, diplomatische und strategische Ressourcen auf den asiatisch-pazifischen Raum zu lenken. Diese Region ist zu einem Motor der Weltpolitik geworden. Sie umfasst zwei Ozeane, den pazifischen und den indischen, die strategisch und über ihre Schifffahrtsrouten immer stärker miteinander verbunden sind. Dort lebt fast die Hälfte der Weltbevölkerung; dort befinden sich die Schwungräder der Weltwirtschaft, der größten Produzenten von Treibhausgasen, einige unserer wichtigsten Verbündeten und aufstrebende Mächte wie China, Indien und Indonesien. Nun, da die Region eine ausgereifere Sicherheits- und Wirtschaftsarchitektur errichtet, um Stabilität und Wohlstand zu schaffen, ist unser Engagement dort entscheidend. Es hilft beim Aufbau dieser Architektur und wird sich für einen fortgesetzten Führungsanspruch der USA auszahlen – so, wie sich unser Engagement beim Aufbau eines transatlantischen Netzwerks von Institutionen und Bündnissen nach dem Zweiten Weltkrieg immer noch auszahlt. Irak und Afghanistan befinden sich noch im Übergang, und wir stehen zuhause vor immensen wirtschaft-

lichen Herausforderungen. Viele amerikanische Politiker fordern deshalb, dass wir uns aus der Welt zurückziehen. Dieser Impuls ist nachvollziehbar, aber grundfalsch. Wir können es uns nicht leisten, nicht in der Welt präsent zu sein. Ob neue Märkte für US-Unternehmen, die Eindämmung der nuklearen Proliferation oder die Sicherung der Handelsrouten – unser Engagement im Ausland ist der Schlüssel zu unserem Wohlstand und unserer Sicherheit. (...)

Es ist unser zentrales strategisches Interesse und eine Priorität unseres Präsidenten, Asiens Wachstum und Dynamik für die amerikanische Wirtschaft nutzbar zu machen. Offene asiatische Märkte bieten uns einzigartige Potenziale für Handel, Investitionen und den Zugang zu innovativer Technologie. Die Erholung unserer Wirtschaft wird auch von unseren Exporten und der Fähigkeit amerikanischer Unternehmen abhängen, sich auf dem riesigen und wachsenden Konsumentenmarkt in Asien zu etablieren. Der Erhalt von Frieden und Sicherheit im asiatisch-pazifischen Raum ist für den globalen Fortschritt überlebenswichtig, ob durch die Sicherung der Seewege im Südchinesischen Meer, die Eindämmung der nordkoreanischen Proliferationsversuche oder durch die Herstellung von mehr Transparenz in den militärischen Aktivitäten der wichtigsten Akteure der Region.

Asien ist für unsere Zukunft entscheidend, und ein engagiertes Amerika für die Zukunft Asiens. Nur wir verfügen über ein Geflecht von starken Bündnissen in der Region, haben aber keine territorialen Ambitionen und eine lange Tradition, uns über die nationalen Interessen hinaus auch für das Gemeinwohl einzusetzen. (...)

Wir wollen unsere globale Führungsrolle erhalten, und dazu gehört eine strategische Umorientierung. Sie kann nur dann erfolgreich sein, wenn wir anerkennen, welche Bedeutung dem asiatisch-pazifischen Raum für unser nationales Interesse zukommt. Wir wollen auf eine starke, jahrzehntelange Tradition des Engagements aufbauen. Und wir müssen eine kohärente regionale Strategie klug umsetzen, die dem globalen Ausmaß unserer Entscheidungen gerecht wird.

Hillary Clinton: Amerikas pazifisches Jahrhundert. Die Zukunft wird nicht in Afghanistan entschieden, sondern in Südostasien, in: Internationale Politik, Heft 2/2012, S. 62 f. (© Foreign Policy)

Arbeitsaufträge C9–C10

- Fasst die politischen und geostrategischen Gründe für ein etwaiges »pazifisches Jahrhundert« der USA auf der Grundlage der Ausführungen von Hillary Clinton (**C9**) zusammen.
- Erläutert die These von Matthias Nass (**C10**), wonach sich für Obama die Zukunft der Vereinigten Staaten nicht am Hindukusch, sondern am Pazifik entscheiden würde.

- Beschreibt und diskutiert im Klassenplenum die Konsequenzen für Europa, welche die Orientierung der USA »weg vom Atlantik, hin zum Pazifik« zeitigen würden.

C 10 | Mach's gut, Europa!



picture alliance/Photoshot

Der asiatisch-pazifische Raum ist zum Motor der Welt-politik geworden, so die US-amerikanische Außen-ministerin Hillary Clinton in ihrer Neuformulierung der US-Außenpolitik.

Nach einem »Jahrzehnt des Kriegs« müsse die Nation nach vorn schauen: So lautet die Botschaft, mit der US-Präsident Barack Obama kürzlich im Pentagon seine neue Militärstrategie verkündet hat. Es ist Obamas Versuch, Amerika neue Orientierung zu geben, aus dem politischen Abseits herauszukommen, in das sich die Weltmacht nach den Anschlägen vom 11. September 2001 manövriert hat.

Im Irak und in Afghanistan begannen die Vereinigten Staaten zwei verlustreiche und verhängnisvolle Kriege. Die verwundete Supermacht wollte sich gegen weitere Angriffe schützen. Aber so, wie sie es tat, hat sie Unheil über andere Völker gebracht und Schaden an der eigenen Seele genommen. Zugleich stieg im Fernen Osten eine neue Supermacht auf. Die USA haben sich vor zehn Jahren auf einen Irrweg begeben. So scheint es auch Obama zu sehen. Nun umzusteuern, einen fundamental neuen Kurs zu bestimmen, ist Absicht des Strategiepapiers »Sustaining U.S. Global Leadership: Priorities for 21st Century Defense«. (...)

Natürlich, Amerika muss sparen. Auch deshalb baut Obama die Streitkräfte um. 487 Milliarden Dollar weniger soll das Pentagon in den kommenden zehn Jahren ausgeben. Wichtiger aber ist Obama etwas anderes: Er hat verstanden, dass sich die Zukunft der Vereinigten Staaten nicht am Hindukusch entscheidet, sondern am Pazifik. Zehn Jahre lang konzentrierte Amerika seine Kräfte auf den »Krieg gegen den Terror«, rüstete in beispielloser Weise auf. Zur selben Zeit brach China alle Wachstumsrekorde, wurde Exportweltmeister, häufte Devisenreserven von über drei Billionen Dollar an. Schon 2018 (...) dürfte China die größte Volkswirtschaft der Welt sein: in sechs Jahren!

Amerika verstrickte sich, von Angst vor dem islamischen Fundamentalismus getrieben, in einem Nebenkriegsschauplatz. Sein Militäretat stieg auf wahnwitzige 700 Milliarden

Dollar. China dagegen investierte in Industrie, Technik, Infrastruktur und Bildung. Nicht nur China boomte; überall in Asien blühte die Wirtschaft.

Jetzt definieren die Vereinigten Staaten ihre Prioritäten neu. »Bei der strategischen sicherheitspolitischen Betrachtung ist heute die Fokussierung auf die Bekämpfung des internationalen Terrorismus zugunsten anderer, insbesondere asymmetrischer Bedrohungen zurückgetreten«, sagt Ulrich Schlie, Leiter des Planungsstabs im Bundesverteidigungsministerium. Besonders Europa wird die Folgen des amerikanischen Umdenkens spüren; wie eine Rating-Agentur stuft die US-Regierung Europas Bedeutung herab. Die globale Machtverschiebung – weg vom Atlantik, hin zum Pazifik – wurde in Washingtons Denkfabriken lange diskutiert; nun wird sie Leitlinie der Politik.

Im November vergangenen Jahres veröffentlichte Außenministerin Hillary Clinton (...) einen Grundsatzartikel mit dem Titel »Amerikas pazifisches Jahrhundert«. Dessen Kernaussage: Das Weltgeschehen verlagere sich nach Asien; was Amerika in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg gelungen sei, ein Netz verlässlicher Institutionen und Beziehungen zu knüpfen, das solle es auch in Asien anstreben. Zur selben Zeit brach der Präsident zu einer Reise in den Pazifik auf. »Hier sehen wir die Zukunft«, rief Barack Obama vor dem australischen Parlament in Canberra aus. »Kürzungen bei den US-Verteidigungsausgaben werden nicht – ich wiederhole: werden nicht – auf Kosten des asiatisch-pazifischen Raumes gehen.«

Die Rivalität mit China bestimmt immer mehr das Denken der amerikanischen Militärplaner. Im Strategiepapier des Pentagon taucht es – neben dem Iran – als einziger potenzieller Gegner namentlich auf. Die US-Regierung will es nicht dulden, dass die Volksrepublik der amerikanischen Marine den Zugang zu den Seegebieten vor Chinas Küsten verwehrt. Beide Länder rüsten deshalb vor allem ihre Seestreitkräfte auf. Obama hat den Plan fallen lassen, einen der elf Flugzeugträger stillzulegen, über die Amerika derzeit verfügt. Und China hat im vergangenen Jahr seinen ersten Flugzeugträger auf Probefahrt geschickt – wohlgerneht noch ein älteres Modell aus sowjetischen Zeiten, das die Chinesen von der Ukraine gekauft haben.

Am Pazifik hat ein neues Wettrüsten begonnen. Alle stellen sich darauf ein, dass aus wirtschaftlichem Wettbewerb und politischem Ringen militärische Rivalität werden kann. Europa hingegen, im Kalten Krieg Zentrum aller Spannungen, liegt heute am Rande des machtpolitischen Kräftermessens. Man könnte darüber froh sein, dürfte man darauf vertrauen, dass der Frieden in Europa und an Europas Grenzen dauerhaft gesichert ist.

DIE ZEIT vom 23. Januar 2012 (Matthias Nass)

Baden-württembergische Erinnerungsorte

Zum 60. Jahrestag der Gründung Baden-Württembergs



Hrsg. von Reinhold Weber, Peter Steinbach und Hans-Georg Wehling
616 Seiten, ca. 510 Abbildungen

Baden-Württemberg weist eine Vielzahl bedeutender Erinnerungsorte auf, darunter auch solche von nationaler oder europäischer Bedeutung. Die Herausgeber des Bandes haben rund 50 solcher Erinnerungsorte aus den verschiedenen Landstrichen ausgewählt.

Namhafte Autorinnen und Autoren präsentieren anhand dieser unverwechselbaren Orte auf spannende und anschauliche Art und Weise südwestdeutsche Landesgeschichte. Beim Lesen der Beiträge entsteht ein Panorama des historischen und des modernen Baden-Württembergs, das Aufschluss darüber gibt, wie das Land im Südwesten 1952 entstand und welche Traditionen es bis heute prägen.



Bestellung: 19.50 Euro zzgl. Versand, Landeszentrale für politische Bildung,
Fax 0711.164099 77, marketing@lpb.bwl.de, www.lpb-bw.de/shop



komm heraus, mach mit.

SCHÜLERWETTBEWERB DES LANDTAGS VON BADEN-WÜRTTEMBERG

Teilnehmen können alle Schüler und Schülerinnen ab der 9. Klasse. Gefragt sind Fantasie und Originalität sowie die Bereitschaft, Dingen auf den Grund zu gehen und mit Menschen in Kontakt zu treten.

Alle können **etwas Passendes** finden, wie sie sich zu einem politischen Thema äußern wollen: auf Plakaten, über Video- oder Tonreportagen, Erörterungen, Facharbeiten, Karikaturauswertungen bis hin zur Erstellung einer Website!

Über die Hälfte aller Teilnehmenden erhalten einen **Preis**.

Den Allerbesten winkt der „Förderpreis“ des Landtags. 50 Schüler und Schülerinnen werden mit dem ersten Preis, einer Studienreise, belohnt. Zweit- und Drittplatzierte bekommen Bücher und andere Sachpreise.

Der 55. Schülerwettbewerb bietet u. a. als **Themen für Einzel- und Partnerarbeit** an: „Gestalte ein Plakat, das auf übertriebenen Konsum hinweist oder zu nachhaltigem Konsum aufruft“, als Umfrage „Ohne Moos nix los – wie ist das Verhältnis der Jugendlichen zum Geld?“. Die Themen „Sozial verNETzt und trotzdem allein?“ und „Welche po-

litische Frage stellst du dir selbst?“ als Facharbeit, oder Reportage. Und als Gedicht, Erörterung, Song oder Filmclip „Welches aktuelle Problem brennt dir am meisten auf den Nägeln?“

Einsendeschluss ist am 15.11.2012. Ab dem 55. Schülerwettbewerb müssen die sich die Schülerinnen und Schüler **online anmelden**.

Mehr erfahren Sie über
www.schuelerwettbewerb-bw.de



LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG BADEN-WÜRTTEMBERG

Stafflenbergstraße 38, 70184 Stuttgart
Telefon 0711/164099-0, Service -66, Fax -77
lpb@lpb-bw.de, www.lpb-bw.de

Direktor: Lothar Frick -60
Büro des Direktors:
Sabina Wilhelm -62
Stellvertretender Direktor: Karl-Ulrich Templ -40

Stabsstelle Kommunikation und Marketing
Leiter: Werner Fichter -63
Felix Steinbrenner -64

Abteilung Zentraler Service

Abteilungsleitung: N.N.
Haushalt und Organisation: Gudrun Gebauer -12
Personal: Sabrina Gogel -13
Information und Kommunikation: Wolfgang Herterich -14
Siegfried Kloske, Haus auf der Alb, Tel.: 07125/152-137

Abteilung Demokratisches Engagement

Abteilungsleitung/
Gedenkstättenarbeit*: Sybille Thelen -30
Politische Landeskunde*: Dr. Iris Häuser -20
Schülerwettbewerb des Landtags*: Monika Greiner -25
Frauen und Politik: Beate Dörr/Sabine Keitel -29/-32
Jugend und Politik*: Angelika Barth -22
Freiwilliges Ökologisches Jahr*: Steffen Vogel -35
Alexander Werwein-Bagemühl/Charlotte Becher -36/-34
Stefan Paller -37

Abteilung Medien und Methoden

Abteilungsleitung/Neue Medien: Karl-Ulrich Templ -40
Politik & Unterricht/Schriften zur politischen Landes-
kunde Baden-Württembergs: Dr. Reinhold Weber -42
Deutschland & Europa: Jürgen Kalb -43
Der Bürger im Staat/Didaktische Reihe:
Siegfried Frech -44
Unterrichtsmedien: Michael Lebesch -47
E-Learning: Susanne Meir -46
Politische Bildung Online: Jeanette Reusch-Mlynárik,
Haus auf der Alb Tel.: 07125/152-136
Internet-Redaktion: Klaudia Saupe/Julia Maier -49/-46

Abteilung Haus auf der Alb

Tagungszentrum Haus auf der Alb,
Hanner Steige 1, 72574 Bad Urach
Telefon 07125/152-0, Fax -100
www.hausaufderalb.de

Abteilungsleitung/Gesellschaft und Politik:
Dr. Markus Hug -146
Schule und Bildung/Integration und Migration:
Robert Feil -139
Internationale Politik und Friedenssicherung/
Integration und Migration: Wolfgang Hesse -140
Europa – Einheit und Vielfalt: Thomas Schinkel -147
Bibliothek/Mediothek: Gordana Schumann -121
Hausmanagement: Nina Deiß -109

Außenstellen

Regionale Arbeit
Politische Tage für Schülerinnen und Schüler
Veranstaltungen für den Schulbereich

Außenstelle Freiburg
Bertoldstraße 55, 79098 Freiburg
Telefon: 0761/20773-0, Fax -99
Leiter: Dr. Michael Wehner -77
Jennifer Lutz -33

Außenstelle Heidelberg
Plöck 22, 69117 Heidelberg
Telefon: 06221/6078-0, Fax -22
Leiter: Wolfgang Berger -14
Dr. Alexander Ruser -13

Außenstelle Tübingen
Die Außenstelle Tübingen wurde zum 1.5.2012 aufgelöst.

Projekt Extremismusprävention

Stuttgart, Stafflenbergstr. 38
Leiterin: Regina Bossert -81
Assistenz: Nadine Karim -82

* Paulinenstraße 44–46, 70178 Stuttgart
Telefon: 0711/164099-0, Fax -55

LpB-Shops/Publikationsausgaben

Bad Urach Hanner Steige 1, Telefon 07125/152-0
Montag bis Freitag
8.00–12.00 Uhr und 13.00–16.30 Uhr

Freiburg Bertoldstraße 55, Telefon 0761/20773-10
Dienstag und Donnerstag 9.00–17.00 Uhr

Heidelberg Plöck 22, Telefon 06221/6078-11
Dienstag, 9.00–15.00 Uhr
Mittwoch und Donnerstag 13.00–17.00 Uhr

Stuttgart Stafflenbergstraße 38,
Telefon 0711/164099-66
Mittwoch 14.00–17.00 Uhr

Newsletter »einblick«
anfordern unter www.lpb-bw.de/newsletter

POLITIK & UNTERRICHT IM INTERNET

Aktuelle, ältere und vergriffene Hefte zum Downloaden: **www.politikundunterricht.de**

BESTELLUNGEN

Alle Veröffentlichungen der Landeszentrale (Zeitschriften auch in Klassensätzen) können schriftlich bestellt werden bei:

Landeszentrale für politische Bildung, Stabsstelle Kommunikation und Marketing
Stafflenbergstraße 38, 70184 Stuttgart, Telefax 0711/164099-77

marketing@lpb.bwl.de oder im Webshop: www.lpb-bw.de/shop

Wenn Sie nur kostenlose Titel mit einem Gewicht unter 1 kg bestellen, fallen für Sie keine Versandkosten an. Für Sendungen über 1 kg sowie bei Lieferungen kostenpflichtiger Produkte werden Versandkosten berechnet.

KOSTENPFLICHTIGE EINZELHEFTE UND ABONNEMENTS FÜR INTERESSENTEN AUSSERHALB BADEN-WÜRTTEMBERGS

Neckar-Verlag GmbH, Klosterring 1, 78050 Villingen-Schwenningen
Tel. 07721/8987-81, www.neckar-verlag.de

www.lpb-bw.de

Politik & Unterricht wird auf umweltfreundlichem Papier aus FSC-zertifizierten Frischfasern und Recyclingfasern gedruckt. FSC (Forest Stewardship Council) ist ein weltweites Label zur Ausweisung von Produkten, die aus nachhaltiger und verantwortungsvoller Waldbewirtschaftung stammen.



NACHHALTIG CO₂-NEUTRALISIERT
DURCH WIEDERAUFFORSTUNG IN
DEUTSCHLAND MIT **KLIMAPRINT®**